

Niederschrift über die 5. öffentliche Sitzung des Beirates Obervieland am Dienstag, den 14.11.2023 von 19:00 Uhr bis 21:15 Uhr im Bürgerhaus Obervieland, Alfred-Faust-Str. 4, 28279 Bremen

Anwesende:

Beiratsmitglieder: Gesine Becker, Sven Boberg, Tuğba Böhrnsen, Werner Bohlmann, Andreas Breitzke, Sara Dahnken, Roman Fabian (Online-Teilnahme), Derya Keyßler, Gabriele Klaassen, Christin Loroff (Online-Teilnahme), Klaus-Dieter Möhle, Ulf Nummensen, Kubilay Pezük, Klaus Sager, Holger Sauer, Frank Seidel (Online-Teilnahme), Ewald Stehmeier, Heiko Zeller

Fehlend: Stefan Faber (e)

Gäste: Herr Sartoris, Herr Peper (beide Polizei Bremen), Herr Kunold (Hans-Wendt-Stiftung), Herr Barloschky, Herr Schwalm (beide Bremer Netzwerk Bürgerbeteiligung)

Sitzungsleitung: Michael Radolla, Ortsamt Obervieland

Protokoll: Theodor Dorer, Ortsamt Obervieland

Der Sitzungsleiter begrüßt die Beiratsmitglieder und Zuschauer:innen im Sitzungssaal sowie im Livestream und eröffnet die Sitzung um 19:00 Uhr.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Der Sitzungsleiter bittet darum, den TOP 5 um vier weitere Globalmittelanträge (ATSV Habenhausen, DRK Aktiv-Treff, Schulverein Grundschule Stichnathstraße und Schulverein Gymnasium Links der Weser) zu ergänzen.

Beschluss: Der Beirat stimmt der vorgelegten Tagesordnung mit den vorgenannten Ergänzungen zu.
(Einstimmige Zustimmung, 18 Ja-Stimmen)

TOP 2: Aktuelle polizeiliche Entwicklungen im Stadtteil (Kriminalstatistik)

dazu: Vertreter der Polizei Bremen

Herr Sartoris stellt zunächst (in der Nachfolge des in den Ruhestand gewechselten Herrn Dziemba) Herrn Peper als neuen Leiter des Reviers Neustadt und zuständig für den Kontaktdienst im Bremer Süden vor. Anschließend erläutert er anhand einer Bildschirmpräsentation (Anlage 1) die Kriminalstatistik (Bezugsjahr 2022) für Obervieland. Dabei sei in der überwiegenden Zahl der unterschiedlichen Straftatbereiche die Anzahl der Delikte auf einem relativ geringen Level gleichbleibend oder sogar erkennbar rückläufig. In den Bereichen der Diebstahlsdelikte und der Sexualstraftaten (Vergewaltigung und sexuelle Nötigung) sei jedoch, wie im Trend der Gesamtstadt, ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen.

In der anschließenden Diskussion fragt **Frau Dahnken**, wie sich die Kriminalität in Obervieland im Stadtteilvergleich einordnen lasse und betont die wichtige Rolle der Kontaktpolizisten (KOP) im Rahmen der Kriminalprävention. Sie bittet in diesem Zusammenhang um Auskunft, wann die Stelle des in Kürze ausscheidenden KOP Peter Weiss wiederbesetzt werde. Daneben möchte sie wissen, ob es zu Halloween erneut besondere Vorkommnisse im Stadtteil gegeben habe und wenn ja, wie dem künftig vorgebeugt werden könne. Abschließend fragt sie, ob im Zuge der statistischen Auswertung auch Altersangaben zu den Straftätern gemacht werden könnten.

Herr Sartoris führt aus, dass Obervieland im stadtweiten Kriminalitätsvergleich eher unauffällig und in keinem Deliktsbereich besonders auffällig sei.

Herr Peper ergänzt, dass als Vorsorgemaßnahme zu Halloween verstärkt Polizeikräfte insbesondere im Kattenturmer Zentrum eingesetzt wurden. Diese Maßnahme habe sich rückblickend bewährt und solle im nächsten Jahr entsprechend fortgesetzt werden. Im Ergebnis dieser Maßnahme konnten mögliche Ausschreitungen im Vergleich mit den Ereignissen der Vorjahre weitgehend verhindert werden.

Herr Sartoris schließt an, dass in der Kriminalstatistik keine Aussagen zum Alter der Täter getroffen würden. Des Weiteren könne er zusagen, dass die Stelle von Herrn Weiss nach dessen Ausscheiden zügig ausgeschrieben werde. Eine Ausschreibung im Vorwege sei allerdings aus rechtlichen Gründen nicht möglich.

Herr Stehmeier weist auf die Zusage des Polizeipräsidenten während der letzten Beirätekonzferenz hin, sämtliche offenen KOP-Stellen bis zum Jahresende wieder besetzen zu wollen. Im Zusammenhang mit der Kriminalstatistik fragt er zudem nach einer ergänzenden Aufklärungsstatistik.

Herr Pezüik möchte wissen, ob vor dem Hintergrund der ansteigenden Sexualstraftaten bereits präventive Maßnahmen ergriffen worden seien.

Herr Sartoris bestätigt die Aussage des Polizeipräsidenten zur Stellenwiederbesetzung, zu stadtweiten Einzelfällen könne er in diesem Zusammenhang allerdings keine Angaben machen. Ebenso verhalte es sich mit der Aufklärungsstatistik. Er erklärt weiter, dass das Strafrecht im Bereich der Sexualstraftaten erst kürzlich reformiert worden sei und bedingt dadurch mittlerweile deutlich mehr Handlungen in einen Strafraum fallen und entsprechend verfolgt würden. Zudem sei insbesondere in diesem Deliktsbereich die Aufarbeitungsquote der Rückstände sehr hoch gewesen.

Herr Sager möchte wissen, wer bei der Wiederbesetzung von KOP-Stellen die Personalauswahl trifft und wünscht sich in der Nachfolge von Herrn Weiss eine Kontaktpolizistin. Er fragt weiter nach einem Abrisstermin für das jetzige Ortsamts-/Polizeigebäude im Kattenturmer Zentrum sowie den Planungen für eine Unterbringung des Reviers während des Neubaus.

Herr Satoris erklärt, dass die Personalauswahl nach objektiven Kriterien durch eine Auswahlkommission erfolge. Dazu zähle selbstverständlich auch eine ausgewogene Berücksichtigung der Geschlechter. Zur Unterbringungsplanung während eines möglichen Neubaus gebe es aktuell keine neuen Erkenntnisse oder Entwicklungen.

Der Sitzungsleiter verweist dazu ergänzend auf die Arbeitsgruppe des vorherigen Beirates zu diesem Sachverhalt. Die Arbeitsgruppe habe seinerzeit vereinbart ihre Arbeit fortzusetzen, sobald sich neue Entwicklungen hinsichtlich eines Neubaus abzeichnen sollten. Derzeit hätten jedoch erst die Vorarbeiten für einen neuen Bebauungsplan dieses Bereichs begonnen.

Herr Zeller fragt nach der Erfassung von Strafdaten auf digitaler Ebene (z.B. Identitätsdiebstahl oder Onlinebetrug) sowie nach den vorhandenen Ausbildungskapazitäten im Verhältnis zu Personalabgängen.

Herr Seidel möchte wissen, ob sich durch die zeitlichen Verzögerungen bei der Bearbeitung von Fällen auch Verschiebungen in der Statistik ergeben.

Herr Sartoris erklärt, zu digitalen Straftaten könnten keine differenzierten Angaben gemacht werden. Sie seien im Deliktbereich Betrug miteingefasst. Zur Erreichung der Personalzielzahlen werde aktuell intensive Personalwerbung betrieben und mehr Personal als jemals zuvor eingestellt. Inwieweit dies im tatsächlichen Verhältnis zu Personalabgängen stehe, könne er allerdings an dieser Stelle nicht gesichert beantworten. Statistische Verschiebungen durch eine zeitlich verzögerte Bearbeitung seien grundsätzlich möglich, ihm sei allerdings nicht bekannt, inwieweit dies die vorliegenden Zahlen möglicherweise tatsächlich beeinflusst habe.

Frau Böhrnsen fragt nach möglichen Präventionsmaßnahmen seitens der Polizei zur Vermeidung von bzw. zum Umgang mit Sexualdelikten.

Herr Möhle weist auf die bundesweit stark ansteigende Zahl von Sexualstraftaten hin und fragt nach einer entsprechenden Statistik für Bremen.

Herr Sartoris erläutert, Präventionsmaßnahmen würden grundsätzlich in die Zuständigkeit der Kriminalpolizei fallen, allerdings seien die KOP an den Kitas und Schulen ebenfalls präventiv tätig. Die stadtweiten Daten zu Sexualdelikten würden von seitens Bremens an die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) geliefert und seien in der jährlichen Kriminalstatistik des Bundes enthalten.

Frau Loroff fragt, wie viele von den derzeit jährlich rund 250 eingestellten Polizeianwärter:innen nach ihrer Ausbildung dann auch tatsächlich für den Polizeidienst zur Verfügung stehen.

Herr Brumma fragt nach den Gründen für den statistischen Rückgang der Rauschgiftkriminalität im Stadtteil sowie nach Anzeichen für Clankriminalität im Stadtteil. Des Weiteren möchte er wissen, ob die Polizei innerhalb der vorgegebenen Zeiten (8 Minuten in 80% der Fälle in Kategorie 1 und 30 Minuten in 90% der Fälle in Kategorie 2) am Einsatzort sein könne.

Herr Sartoris teilt mit, dass die Ausfallquote bei Polizeianwärtern seines Wissens aktuell unter 10% liege. Er werde die genauen Zahlen entsprechend nachliefern (*Nachgemeldete Ausfallquote: 16,5%*). Eine besondere Erklärung für den Rückgang der Rauschgiftkriminalität im Stadtteil sei aus seiner Sicht nicht erkennbar. Clankriminalität werde verfolgt, sei aber seines Wissens in Obervieland nicht besonders ausgeprägt. Konkrete Zahlen zu den Einsatzzeiten lägen ihm aktuell nicht vor. Für Obervieland gehe er dennoch von einer Einhaltung in Kategorie 1 von etwa 78% und von etwa 68% in der Kategorie 2 aus. Die

Konzentration liege in erster Linie bei den Einsätzen der Kategorie 1, wo die Zielvorgaben stadtweit trotz hoher Einsatzbelastung weitgehend erreicht würden.

Die Beiratsmitglieder bedanken sich für die Ausführungen und nehmen diese zur Kenntnis.

TOP 3: Quartiersentwicklung Arsten-Nord: Darstellung des aktuellen Sachstands dazu: Vertreter der Hans-Wendt-Stiftung

Der Sitzungsleiter erläutert eingangs, das Quartier Arsten-Nord sei Anfang 2021 aus dem Förderprogramm „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“ ausgeschieden und in den Förderstrang „Kleinst- und Sondergebiete“ des Landesprogramms „Lebendige Quartiere“ gewechselt. Die Hans-Wendt-Stiftung wurde in diesem Zuge seitens des Sozialressorts mit der Sondierung der zukünftigen Entwicklung für die bestehenden Kleinst- und Sondergebiete (neben Arsten-Nord befinden sich vier weitere Quartiere in diesem Förderstrang) bis zum 31.12.2023 beauftragt.

Herr Kunold informiert den Beirat über den aktuellen Stand des Erhebungsverfahrens. Die Hans-Wendt-Stiftung wurde beauftragt, bis zum Ende des Jahres 2023 Konzepte für die zukünftige Entwicklung fünf sehr unterschiedlicher Kleinstgebiete zu entwickeln. Hierzu seien in der Vergangenheit bereits Zwischenberichte (der letzte im Sommer 2023) an die Sozialbehörde geliefert und auch im Beirat vorgestellt worden. Im Ergebnis der Bürgerschaftswahl im Mai 2023 und der damit verbundenen Neustrukturierung des Sozialressorts habe es von dort allerdings keine verbindlichen Zusagen mehr zur weiteren Finanzierung der Quartiersentwicklung dieser Gebiete gegeben, was bei den Betroffenen vor Ort für deutliche Unsicherheiten gesorgt habe. Im Moment könne er daher keine konkreten Aussagen zur Ausgestaltung einer künftigen Förderung machen.

Eine Besonderheit des Förderprogramms „Lebendige Quartiere“ im Vergleich zu anderen Förderprogrammen des Sozialressorts sei, dass dieses zuwendungsfinanziert sei. Diese Zuwendungen würden auf Projektbasis jährlich erfolgen und seien entsprechend im Haushalt hinterlegt. Da dieser jedoch für die Jahre 2024/25 noch nicht beschlossen sei, könne aktuell auch keine geordnete Fortführung des Programms erfolgen. Vor diesem Hintergrund habe das Ressort zunächst die Möglichkeit einer Verlängerung des laufenden Projekts im bisherigen Umfang ins Auge gefasst und bei der Hans-Wendt-Stiftung dahingehend angefragt. Konkrete Gespräche dazu hätten allerdings noch nicht stattgefunden.

Für Arsten-Nord gebe es zudem die weitergehende Idee, das Gebiet nach dessen Ausscheiden im Jahr 2021 nun wieder dem WiN-Gebiet Kattenturm anzugliedern. Hierbei seien allerdings unter anderem rechtliche Aspekte und unterschiedliche Ressortzuständigkeiten zu beachten, so dass dieses Verfahren einige Zeit der Umsetzung benötige. Auch für diese mögliche Übergangsphase sei die Hans-Wendt-Stiftung ressortseitig um Unterstützung gebeten worden. Auch diese Gespräche seien jedoch noch nicht abgeschlossen. Für die vor Ort betroffenen Mitarbeiter:innen mit bis zum Jahresende befristeten Arbeitsverträgen sei dies natürlich eine sehr verunsichernde Situation. Zusammenfassend sei festzustellen, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine belastbare Aussage zur zukünftigen Ausrichtung von Arsten-Nord getroffen werden könne.

In der anschließenden Diskussion macht **Herr Sauer** deutlich, dass er nach zweijähriger Tätigkeit der Hans-Wendt-Stiftung vor Ort die Möglichkeit einer kurzfristigen Evaluierung zur Frage der Zukunft von Arsten-Nord als erneutem WiN-Gebiet erwarte. Er möchte zudem wissen, ob und wie eine Verlängerung der Tätigkeit der Hans-Wendt-Stiftung über 2023 hinaus finanziert werde und ob es bedingt dadurch zu finanziellen Nachteilen für das Quartier kommen könne.

Herr Kunold entgegnet, die Idee zur erneuten Angliederung an das Förderprogramm WiN sei vor etwa 1-2 Monaten seitens des Ressorts entwickelt worden. Die Hans-Wendt-Stiftung habe dagegen eine künftige Finanzierung über das Programm „Lebendige Quartiere“ vorgeschlagen, die aber aus den vorgenannten Gründen momentan nicht umsetzbar sei. Über das Förderprogramm WiN solle dann auch die mögliche weitere Arbeit der Hans-Wendt-Stiftung sowie der DRK Aktiv-Treff im bisherigen Umfang weiterfinanziert werden. Eine Ausweisung als WiN-Gebiet müsse allerdings mit dem Bauressort abgestimmt werden, zudem seien strenge Kriterien an eine Ausweisung anzulegen. Eine entsprechende Prüfung durch das Sozialressort sei bereits vorgesehen. Zum Zeitrahmen dieser Prüfung könne er aber an dieser Stelle keine Prognose abgeben.

Der Beiratssprecher kritisiert im Zusammenhang mit der bestehenden Unterfinanzierung einerseits die Untätigkeit der Bürgerschaftsfraktionen im Hinblick auf die Haushaltsgesetzgebung und andererseits die

Schwerpunktsetzungen des zuständigen Ressorts. Dies insbesondere auch vor dem Hintergrund der daraus entstehenden Unsicherheit für die Vielzahl der betroffenen Beschäftigten. Er erinnert daran, dass die Herausnahme des Quartiers Arsten-Nord aus der WiN-Förderung auf der Grundlage der statistischen Erweiterung des Quartiers zustande kam. Diese Erweiterung über den eigentlichen Bereich mit erheblichem Förderbedarf hinaus, der dort auch unverändert bestehe, habe die maßgeblichen Sozialindikatoren dahingehend verändert, dass der eigentliche Kernbereich des Quartiers durch diese Relativierung aus der dringend notwendigen Förderung herausgefallen sei. Er kritisiert diese Form der rein statistischen Betrachtung deutlich. Das aus bescheidenen Anfängen erwachsene Nachbarschaftszentrum in Arsten-Nord und die bisherige Aufbauarbeit dürften nicht in Frage gestellt werden. Dies würde sich langfristig als Fehler erweisen.

Herr Markus kritisiert rückblickend die seinerzeitige Herausnahme von Arsten-Nord aus der WiN-Förderung und verweist parallel auf verschiedene Beiratsbeschlüsse zum Sachverhalt. Wenn diese Herausnahme jetzt rückgängig gemacht werden solle, müsse im Rahmen der Wiedereingliederung auf eine ausreichende Mittelausstattung geachtet werden. Es könne nicht sein, dass der bisherige Budgetansatz für Kattenturm das Quartier Arsten-Nord dann zusätzlich auffangen müsse. Dies käme einer faktischen Mittelkürzung gleich.

Frau Dahnken berichtet in ihrer Funktion als DRK-Trägervertreterin über die Aktivitäten des „DRK Aktiv-Treffs“ im Quartier Arsten-Nord. Sie weist zudem darauf hin, dass der Beirat nicht vorrangig die Wiedereingliederung des Quartiers in das Förderprogramm WiN, sondern vielmehr die Anerkennung des Aktiv-Treffs als Quartierszentrum mit entsprechender Förderung gefordert habe. In diesem Zusammenhang bittet sie den Beirat um weitere Unterstützung für diese angestrebte Entwicklung.

Anschließend stellt der **Beiratssprecher** einen Antrag der SPD-Fraktion vor und der Beirat fasst folgenden

Beschluss:

Der Beirat Obervieland fordert die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration auf, in Abstimmung mit der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung den DRK Aktiv-Treff in Arsten-Nord als Quartierszentrum anzuerkennen und ab dem 01.01.2024 im Förderprogramm Lebendige Quartiere (LLQ) in die Förderschiene „Quartierszentrenförderung“ aufzunehmen. Hiermit wird ein entsprechender Beiratsbeschluss vom 14.03.2023 bekräftigt.

1. **Um in der Übergangszeit vom 01.01.2024 bis zum Haushaltsbeschluss eine auskömmliche Finanzierung über LLQ für das Quartier Arsten Nord zu ermöglichen, sollen folgenden Maßnahmen ergriffen werden:**
 - a) **Dem DRK Aktiv-Treff sollen weiterhin 15.600,00 Euro Quartiersförderung (Stand 2023) zum Betriebserhalt zur Verfügung gestellt werden. Weil dies jedoch einer „kalten“ Kürzung entspricht (keine Mittelerrhöhung trotz Kostensteigerungen), soll zusätzlich ab dem 01.01.2024 auch wieder eine Förderung aus dem Förderprogramm Wohnen in Nachbarschaften (WiN) für das Gebiet Arsten-Nord ermöglicht werden, um einen erneuten Angebotsabbau zu verhindern. Entsprechend soll auch das Quartiersmanagement des Amtes für Soziale Dienste (AfSD) wieder die Gebietsbetreuung übernehmen.**
 - b) **Auch die im Jahr 2023 veranschlagten Programmfelder aus der Förderschiene „5Q - Kleinst- und Sondergebiete“, in Höhe von 8.000,00 Euro, sollen dem Quartier in 2024 erneut zur Verfügung stehen und über das Quartiersmanagement des AfSD verwaltet werden.**
 - c) **Die Positionen, die im Jahr 2023 über die Förderschiene „5Q - Kleinst- und Sondergebiete“ in Personalkosten und Overheadkosten der Hans-Wendt-Stiftung für das Quartier Arsten-Nord geflossen sind, sollen ab dem 01.01.2024 im dann dortigen Quartierszentrum zur Verfügung stehen, um pädagogische Angebote direkt mit den Menschen vor Ort umsetzen und die Netzwerkarbeit weiterführen zu können.**
2. **Haushaltsantrag:** In der Haushaltsaufstellung 2024 sollen 50.000,00 € als Quartierszentrenförderung für den DRK Aktiv-Treff in Arsten-Nord zur Verfügung gestellt werden. Eine Rückführung des Quartiers in das Förderprogramm WiN (wie vor 2021) führt nicht zu der bereits vom Beirat empfohlenen Weiterentwicklung des Quartiers. Zudem können über Projektmittel aus dem Förderprogramm WiN keine Betriebs- und Personalkosten des DRK

Aktiv-Treffs finanziert werden. Daher muss eine Zuweisung ausreichender Mittel über die Förderschiene „Quartierszentren“ des Förderprogramms LLQ vollzogen werden.

Begründung:

Im Jahr 2013 wurde der Aktiv-Treff als kleines Nachbarschaftsprojekt, gefördert über WiN-Mittel und Spenden der BREBAU, initiiert. Ziel war es, im WiN-Gebiet Arsten-Nord eine erste Anlaufstelle für Informationen und sozialpädagogische Hilfestellungen vor Ort zu bieten. Das Gebiet umfasste 800 Menschen in Mehrgeschossbauten und wurde über das Monitoring Soziale Stadt als ein Gebiet mit höchstem Handlungsbedarf definiert, weil viele Bewohner:innen von Armut bedroht waren, einen schlechten Bildungsstand hatten, Integrationsförderbedarfe ausgemacht wurden und es kein darauf ausgerichtetes Projekt sowie keine soziale Einrichtung vor Ort gab.

Gestartet wurde das Projekt Aktiv-Treff in einem 12 Quadratmeterraum der BREBAU und mit einer Initiatorin, die mit wenigen Projektstunden, viel ehrenamtlichen Engagement und einem Bollerwagen etliche Prozesse angestoßen hat. Zum einen bezogen auf die Verbesserung der Wohnumfeldgestaltung (Spielplatzsanierung, Quartiersplatzsanierung, Verbesserung der Beleuchtungssituation im Quartier etc.), zum anderen wurden sozialpädagogischen Angebote und Beratungsangebote vor Ort etabliert und sehr gut angenommen.

Über die Jahre wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement des AfSD, der BREBAU sowie Kooperationen mit Akteuren aus benachbarten Ortsteilen das Projekt Aktiv-Treff weiter ausgebaut. Wichtigstes Element dabei war, dass sich die Angebote des Aktiv-Treffs den Bedürfnissen der Bewohner:innen weiterhin flexibel anpassen konnten. Die Bewohner:innen selbst haben in partizipativen Prozessen immer wieder die Angebotsausrichtung festgelegt und stetig ausgeweitet.

Mit der Angebotserweiterung ging der Bedarf des Ausbaus der Räumlichkeiten einher, so dass dieser 2016 (von 12 auf 120 Quadratmeter) durch die BREBAU vollzogen wurde. Als Träger ist das Deutsche Rote Kreuz eingestiegen. In den darauffolgenden Jahren wurden Angebote etabliert, die für alle Altersgruppen zielgerichtet deren Bedürfnisse aufgegriffen haben. Darunter die Familienhilfe-Beratung, die Familienbildungsangebote für Kleinkinder und Eltern (Hippy und E:DU), ein Seniorentreff, eine Frauensportgruppe, Eltern-Kind-Reisen, Lernförderung, Jugendförderungsangebote, Digitale Medienvermittlung für Senior:innen, Sprachfördertreffen, sowie etliche Tagesaktionen in der Nachbarschaft (Sommerfeste, Nachbarschaftskochen, Nikolausfeier etc.). Weiterhin fanden regelmäßige Wohnumfeld-Gestaltungsprozesse statt (u.a. Boulebahnbau, Bremens erste Outdoor-Soccerpool-Anlage, Quartiersplatzgestaltung etc.).

Es bildete sich somit aus einem kleinem Nachbarschaftsprojekt ein Quartierszentrum vor Ort. Auch die ehemalige Sozialsenatorin Anja Stahmann war vor Ort und hat den Aktiv-Treff als vorbildliches Beispiel der Quartiersentwicklung und stadtweites Leuchtturmprojekt hervorgehoben.

2020 wurden mit den Ressorts Soziales und Bau Gespräche zur Anerkennung als Quartierszentrum und einer entsprechenden institutionellen Verstetigung der Einrichtung geführt. Umso überraschender wurde im Spätherbst 2020 durch Vertreter:innen der Sozialbehörde bekannt gegeben, dass das Quartier zum Januar 2021 aus der WiN-Förderung herausgenommen werde, ohne dabei allerdings eine Möglichkeit der Ersatzfinanzierung zu benennen. Begründet wurde dies damit, dass in Quartieren mit einer Einwohner:innenzahl unter 1000 aus Datenschutzgründungen keine gesonderte Datenerhebung mehr erfolgen könne und statistische Quartiere daher fortan aus minimal 1000 Einwohner:innen bestehen müssten. Entsprechend hat die Behörde neue Quartiersgrenzen gezogen, die aktuell nicht nur 1000, sondern sogar 1600 Personen in diesem Bereich umfassen. Das Quartier wurde somit statistisch doppelt so groß wie ursprünglich betrachtet angelegt und die neu hinzugekommenen Straßenzüge bestehen überwiegend aus Reihenhäusern und gehobenen Mietwohnungen. Die dort lebenden Bewohner:innen weisen jedoch deutlich höhere Sozialindizes als jene im Ursprungsquartier. Dies hatte zur Folge, dass sich der Sozialindex im Durchschnitt des neuen statistischen Quartiers deutlich verbessert hat und somit für Arsten-Nord keine WiN-Förderung mehr vorgesehen wurde.

Die Bedürfnisse und Problemlagen der 800 Menschen des ehemaligen, kleinräumigen WiN-Gebietes haben sich jedoch seitdem nicht verändert, so dass auch damals schon Beirat, Quartiersmanagement, Bürgerschaftsabgeordnete und Träger aus dem Stadtteil gefordert hatten, den DRK Aktiv-Treff als einzige Anlaufstelle im Quartier unbedingt zu erhalten. Der Beirat hat auch damals bereits einen

Beschluss gefasst, den DRK Aktiv-Treff als Quartierszentrum anzuerkennen und aus der Förderschiene „Quartierszentren“ des Förderprogramm LLQ auskömmlich zu finanzieren.

Nach weitgehenden Diskussionen Ende Dezember 2020 wurde zu Beginn des Jahres 2021 seitens des Ressorts eingewilligt, einen Sockelbetrag von 15.600,00 Euro aus dem LLQ-Programm zur Verfügung zu stellen, um eine Schließung des DRK Aktiv-Treffs, mit all seinen Angeboten für die Bewohner:innen vor Ort, zu verhindern. Diese Fördersumme fiel damit ca. 50% geringer aus als die bis dahin durchschnittlichen jährlichen WiN-Förderungen, die zuvor ins Quartier geflossen sind, so dass in der Folge nicht mehr alle bisher aufgebauten Angebote stattfinden konnten.

Es sollten im Jahr 2021 dann Gespräche folgen, wie diese Quartiersförderung über den Förderstrang „Quartierszentrenförderung“ aus dem Förderprogramm LLQ ausgebaut werden könnten. Anstelle dieser Gespräche wurden der Beirat und die Akteure vor Ort Ende 2021 stattdessen lediglich darüber informiert, dass das Gebiet Arsten-Nord ab dem Jahr 2022 der Förderschiene „5Q - Kleinst- und Sondergebiete“ zugeordnet werde.

Mit diese Umstellung wurde in der Folge der langjährig gemeinsam mit dem Quartiersmanagement des AfSD aufgebaute Entwicklungsprozess abrupt unterbrochen und mit der Hans-Wendt-Stiftung ein freier Träger (mit einem Quartiersbeauftragten mit 25h/Woche) vor Ort einsetzt, um eine Evaluation des Gebietes vorzunehmen. Mit dieser Entscheidung ist allerdings der bisherige Aufbau im Quartier unberücksichtigt geblieben. So gab es bereits einen regelmäßig tagenden Netzwerk-Arbeitskreis, es hatte ein Monitoring Soziale Stadt stattgefunden und entsprechende Erhebungsdaten generiert und es hatten zahlreiche Beteiligungsprozesse stattgefunden. Damit unterscheidet sich der Bereich Arsten-Nord sehr deutlich von den anderen 5Q-Gebieten in dieser Förderschiene, in denen all diese genannten Aspekte bislang nicht vorhanden sind.

Hinzu kommt, dass sich das eigentlich vorgesehene Budget für die Kleinst- und Sondergebiete auf 8.000,00 € pro Gebiet beläuft. Diese Budgetierung hätte eine erneute Absenkung der Mittel um 50% bedeutet. Erst nach intensiven Gesprächen des Trägers DRK und politischen Forderungen aus dem Beirat Obervieland sowie durch weitere Öffentlichkeitsarbeit wurde eingelenkt und dem Gebiet ein Sonderstatus eingeräumt. Im Ergebnis wurden dem Aktiv-Treff weiterhin 15.600,00 € aus der Förderschiene „Quartierszentrenförderung“ als Grundfinanzierung (anteilige Betriebskosten, Personalkosten, Angebotsfinanzierung) sowie zusätzlich die 8.000,00 € aus der Förderschiene „5Q - Kleinst- und Sondergebiete“ zugestanden.

Vereinbart wurde, dass die Hans-Wendt-Stiftung im Sommer 2023 einen Bericht zur Quartiersevaluation vorlegt. Dieser sollte sowohl im Arbeitskreis Arsten-Nord als auch im Beirat Obervieland präsentiert werden. Diese Quartiersevaluation ist bis heute, trotz mehrmaliger Nachfragen, weder im Arbeitskreis noch im Beirat vorgelegt worden.

Stattdessen wurde im Oktober 2023 der Arbeitskreis Arsten-Nord durch die Hans-Wendt-Stiftung darüber informiert, dass für 2024 zwei Varianten für das Gebiet zur Disposition stünden. Entweder solle das Gebiet wieder an das Förderprogramm WiN angeschlossen werden oder die Aufnahme des Aktiv-Treffs in die Förderschiene „Quartierszentrenförderung“ erfolgen. Nach drei Jahren des Hin- und Herschiebens in unterschiedliche Förderbereiche, dem Wegfall von Angeboten für die Bewohner:innen, stehen wir somit wieder vor dem gleichen Ergebnis, dass bereits im Jahr 2020 festgestellt wurde.

Bis zur abschließenden Klärung der zukünftigen Ausrichtung (Haushaltsbeschluss), soll das Gebiet ab Januar 2024 zunächst weiterhin in der Förderschiene „5Q - Kleinst- und Sondergebiete“ bleiben. Entsprechend soll die Hans-Wendt-Stiftung auch über ihr eigentliches Auftragsende (31.12.2023) hinaus das bisherige Projekt weiterführen. Dies allerdings ohne erneute Ausschreibung.

Die Hans-Wendt-Stiftung hat jedoch im Arbeitskreis vor Ort bereits erläutert, dass es in diesem Zusammenhang zu Reduktionen der Quartiersstunden oder sogar der 8.000,00 € an Angebotsmitteln für das Quartier kommen könne, da einerseits Tarifsteigerungen aus diesen Mitteln aufgefangen werden müssten und andererseits innerhalb der Förderschiene „5Q – Kleinst- und Sondergebiete“ die Mittel der einzelnen Quartiere zum Nachteil für Arsten-Nord umverteilt werden sollen.

Hinzu kommt, dass die bisherigen Quartiersbeauftragten der Hans-Wendt-Stiftung stets nur wenige Monate vor Ort waren. Ende Dezember verlässt nun erneut der aktuelle Quartiersbeauftragte das Gebiet. Dies behindert den Quartiersentwicklungsprozess erheblich.

Zusammengefasst bedeutet dies, dass im Zeitraum der Jahre 2013 bis 2020 eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung des Quartiers Arsten Nord vollzogen wurde. Begleitet durch das Quartiersmanagement des AfSD als kontinuierliche anzusprechende Stelle für die Quartiersentwicklung. Von 2021-2023 wurde das Gebiet dagegen immer neuen Förderschienen zugeordnet. Jedes Mal wurden dabei die Mittel für die sozialpädagogischen Hilfs- und Beratungsangebote vor Ort gekürzt. Gleichzeitig ist keine Kontinuität mehr hinsichtlich der Ansprechpartner für die Quartiersentwicklung mehr gegeben.

Wie bereits oben angesprochen stehen alle vor der gleichen Entscheidung wie bereits im Jahr 2020. Was sich allerdings verändert hat, ist eine mittlerweile deutlich schlechtere Ausgangslage hinsichtlich gestiegener Problemlagen vor Ort (Inflationssteigerungen erhöhen Armutsfaktoren, Nachbarschaftsspannungen durch Kriegsgeschehen, Anstieg von psychischen Erkrankungen, Zuzug von Geflüchteten ins Quartier etc.) bei gleichzeitigem Angebotsabbau. Zudem steht weiterhin ein Ausbau der Räumlichkeiten des Aktiv-Treffs durch die BREBAU an, da die Nutzerfrequenz das bisherige Raumangebot deutlich übersteigt. Jährlich wechselnde Finanzierungsmodalitäten und Gebietszuständigkeiten führen nicht zu der notwendigen Stabilität und Planungssicherheit, um eine kontinuierliche Quartiersentwicklung vorantreiben zu können.

Bremen gibt 1.600.000,00 € für das Förderprogramm LLQ aus. In den Kleinst- und Sondergebieten kommen davon allerdings lediglich jeweils 8.000 Euro pro Gebiet (in 2024 ggf. noch weniger) bei den Menschen vor Ort an. Dies ungeachtet der Unterschiedlichkeit dieser Kleinst- und Sondergebiete mit ihren unterschiedlichen Erfordernissen. Der Beirat bittet daher dringend darum, im Zuge künftiger Befassungen zur Gestaltung der hier maßgeblichen Förderlandschaft die Einschätzung der Akteure vor Ort entsprechend zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis: Frau Becker: Ja, Herr Boberg: Ja, Herr Bohlmann: Ja, Frau Böhrnsen: Ja, Herr Breitzke: Ja, Herr Fabian: Ja, Frau Keyßler: Ja, Frau Klaassen: Ja, Frau Loroff: Ja, Herr Möhle: Ja, Herr Nummensen: Ja, Herr Pezük: Ja, Herr Sager: Ja, Herr Sauer: Ja, Herr Seidel: Ja, Herr Stehmeier: Ja, Herr Zeller: Ja (Einstimmige Zustimmung, 17 Ja-Stimmen, Frau Dahnken nimmt nicht an der Abstimmung teil)

TOP 4: Bremer Netzwerk Bürgerbeteiligung: Vorstellung Arbeit und Ziele des Netzwerks dazu: Vertreter des Bremer Netzwerks Bürgerbeteiligung

Herr Schwalm informiert den Beirat über Arbeit und Ziele des Netzwerks Bürgerbeteiligung. Hierzu habe das Netzwerk auch ein aktuelles Positionspapier verfasst, das den Beiräten in Kürze über die Senatskanzlei zugehen soll. Dieses sei als Weiterentwicklung des bereits bekannten Positionspapiers von 2020 zu sehen. Darüber wolle das Netzwerk Möglichkeiten zur Stärkung der Bürgerbeteiligung aufzeigen. Er berichtet dem Beirat von einer Veranstaltung unter dem Titel „Bremen - ein Demokratielabor“, im Rahmen derer im Jahr 2013 ein Austausch zwischen der Bürgerstiftung Bremen, der Kinder- und Jugendstiftung, dem Zukunftsforscher Robert Jungk und weiteren Beteiligten zum Thema Bürgerbeteiligung stattgefunden habe. Die Idee sei gewesen, in Bremen aufgrund seiner „Übersichtlichkeit“ Beteiligungsprozesse auf Landesebene kurzfristig anstoßen und erproben zu können. Damit sollte ein Beschluss der Bremischen Bürgerschaft zur Systematisierung und Verstetigung von Bürgerbeteiligung in Bremen unterstützt werden, um hiermit im bundesweiten Vergleich unter dem Titel „Betroffene zu Beteiligten machen“ eine Vorreiterrolle einnehmen und damit auch die Attraktivität der Stadt steigern zu können. In Folge dieses Bürgerschaftsbeschlusses und des von der Senatskanzlei vorgelegten „Berichts über den Stand des Bürgerbeteiligungsprozesses in der Stadt Bremen“ sei dann 2018 vom Senat „(Das) Leitbild und (die) Kriterien der Bürgerbeteiligung“ beschlossen worden. Im Jahr 2019 sei dann in der Senatskanzlei eine Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung angesiedelt und der dortige Bereich der Jugendbeteiligungsbetreuung deutlich verstärkt worden.

In der laufenden Legislaturperiode werde sich nun zeigen müssen, ob das Leitbild des Senats überzeugend umgesetzt und Bürgerbeteiligung vor Ort vielfältig und attraktiv verwirklicht werden könne. Damit solle eine Stärkung demokratischer Werte und deren verbesserte Wahrnehmung erreicht und die Reduzierung des demokratischen Prozesses auf die reine Stimmabgabe bei Wahlen vermieden werden.

Im Bremer Netzwerk Bürgerbeteiligung engagieren sich rund 12-15 Personen des öffentlichen Lebens und aus öffentlichen Einrichtungen ehrenamtlich und setzen sich dafür ein, Bürgerbeteiligung als eine tragende Säule demokratischer Kultur im politischen und gesellschaftlichen Leben Bremens zu fördern und zu verankern. Die Mitglieder des Netzwerkes begleiten dabei kritisch die politischen Prozesse in der

Stadt und unterstützen alle Umsetzungsschritte, im Rahmen derer Bürgerbeteiligung stattfindet oder stattfinden kann.

Frau Dahnken begrüßt die Forderungen des Netzwerkes zur Bürgerbeteiligung, verweist in diesem Zusammenhang allerdings auf die im Stadtteil dafür bereits vielfältig vorhandenen Möglichkeiten (u.a. Beirat, Quartiersforum und Jugendforum). Im Weiteren bedankt sie sich für die angebotene Möglichkeit, seitens des Beirates zukünftig bei Bedarf Unterstützung durch das Netzwerk für Bürgerbeteiligungsprozesse zu erhalten.

Herr Zeller bestätigt, viele Bürger:innen würden mittlerweile resignieren, weil sie das Gefühl hätten, von Politik und Verwaltung ausgebremst, schlecht informiert und wenig unterstützt zu werden. Vor diesem Hintergrund begrüße er die Ziele des Netzwerkes ausdrücklich.

Die Beiratsmitglieder bedanken sich für die Ausführungen und nehmen diese zur Kenntnis.

TOP 5: Globalmittelanträge:

- a) **DRK Aktiv-Treff, Herbstferienprogramm 2023, Antragssumme: 1.150,00 €**,
Beschlussempfehlung des Fachausschusses Bildung, Jugend, Kultur und Sport: 1.150,00 €
Beschluss: Der Beirat Obervieland bewilligt 1.150,00 € aus Globalmitteln des Haushaltsjahres 2023
Abstimmungsergebnis: Frau Becker: Ja, Herr Boberg; Ja, Herr Bohlmann: Ja, Frau Böhrnsen: Ja, Herr Breitzke: Ja, Herr Fabian: Ja, Frau Keyßler: Ja, Frau Klaassen: Ja, Frau Loroff: Ja, Herr Möhle: Ja, Herr Nummensen: Ja, Herr Pezük: Ja, Herr Sager: Ja, Herr Sauer: Ja, Herr Seidel: Ja, Herr Stehmeier: Ja, Herr Zeller: Ja (Einstimmige Zustimmung, 17 Ja-Stimmen, Frau Dahnken nimmt nicht an der Abstimmung teil)
- b) **DRK Aktiv-Treff, Platzumgestaltung Erdbeerpflückerplatz, Antragssumme: 7.900,00 €**,
Beschlussempfehlung des FA Bildung, Jugend, Kultur und Sport: 7.900,00 €
Beschluss: Der Beirat Obervieland bewilligt 7.900,00 € aus Globalmitteln des Haushaltsjahres 2023.
Abstimmungsergebnis: Frau Becker: Ja, Herr Boberg; Ja, Herr Bohlmann: Ja, Frau Böhrnsen: Ja, Herr Breitzke: Ja, Herr Fabian: Ja, Frau Keyßler: Ja, Frau Klaassen: Ja, Frau Loroff: Ja, Herr Möhle: Ja, Herr Nummensen: Ja, Herr Pezük: Ja, Herr Sager: Ja, Herr Sauer: Ja, Herr Seidel: Ja, Herr Stehmeier: Ja, Herr Zeller: Ja (Einstimmige Zustimmung, 17 Ja-Stimmen, Frau Dahnken nimmt nicht an der Abstimmung teil)
- c) **Ausspann e.V., Teilhabe von Menschen mit geringem Einkommen, Antragssumme: 2.977,55 €**,
Beschlussempfehlung des FA Bildung, Jugend, Kultur und Sport: 2.977,54 €
Beschluss: Der Beirat Obervieland bewilligt 2.977,55 € aus Globalmitteln des Haushaltsjahres 2023
Abstimmungsergebnis: Frau Becker: Ja, Herr Boberg; Ja, Herr Bohlmann: Ja, Frau Böhrnsen: Ja, Herr Breitzke: Ja, Frau Dahnken: Ja, Herr Fabian: Ja, Frau Keyßler: Ja, Frau Klaassen: Ja, Frau Loroff: Ja, Herr Möhle: Ja, Herr Nummensen: Ja, Herr Pezük: Ja, Herr Sager: Ja, Herr Sauer: Ja, Herr Seidel: Ja, Herr Stehmeier: Ja, Herr Zeller: Ja (Einstimmige Zustimmung, 18 Ja-Stimmen)
- d) **Ev. Kirchengemeinde Arsten-Habenhausen, Kinderbühne 2024, Antragssumme: 2.200,00 €**,
Beschlussempfehlung des FA Bildung, Jugend, Kultur und Sport: 2.200,00 €
Beschluss: Der Beirat Obervieland bewilligt 2.200,00 € aus Globalmitteln des Haushaltsjahres 2023.
Abstimmungsergebnis: Frau Becker: Ja, Herr Boberg; Ja, Herr Bohlmann: Ja, Frau Böhrnsen: Ja, Herr Breitzke: Ja, Frau Dahnken: Ja, Herr Fabian: Ja, Frau Keyßler: Ja, Frau Klaassen: Ja, Frau Loroff: Ja, Herr Möhle: Ja, Herr Nummensen: Ja, Herr Pezük: Ja, Herr Sager: Ja, Herr Sauer: Ja, Herr Seidel: Ja, Herr Stehmeier: Ja, Herr Zeller: Ja (Einstimmige Zustimmung, 18 Ja-Stimmen)
- e) **ATSV Habenhausen, Sonderausstellung „Adventskaffee für Senor:innen“, Antragssumme: 405,00 €**,
Beschlussempfehlung des FA Bildung, Jugend, Kultur und Sport: 405,00 €
Beschluss: Der Beirat Obervieland bewilligt 405,00 € aus Globalmitteln des Haushaltsjahres 2023.

Abstimmungsergebnis: Frau Becker: Ja, Herr Boberg; Ja, Herr Bohlmann: Ja, Frau Böhrnsen: Ja, Herr Breitzke: Ja, Frau Dahnken: Ja, Herr Fabian: Ja, Frau Keyßler: Ja, Frau Klaassen: Ja, Frau Loroff: Ja, Herr Möhle: Ja, Herr Nummensen: Ja, Herr Pezük: Ja, Herr Sager: Ja, Herr Sauer: Ja, Herr Seidel: Ja, Herr Stehmeier: Ja, Herr Zeller: Ja (Einstimmige Zustimmung, 18 Ja-Stimmen)

- f) **Schulverein Grundschule Stichnetstraße, Yoga für Frauen in Kattenturm, Antragssumme: 1.655,40 €**, Beschlussempfehlung des FA Bildung, Jugend, Kultur und Sport: 1.655,40 €

Beschluss: Der Beirat Obervieland bewilligt 1.655,40 € aus Globalmitteln des Haushaltsjahres 2023.

Abstimmungsergebnis: Frau Becker: Ja, Herr Boberg; Ja, Herr Bohlmann: Ja, Frau Böhrnsen: Ja, Herr Breitzke: Ja, Frau Dahnken: Ja, Herr Fabian: Ja, Frau Keyßler: Ja, Frau Klaassen: Ja, Frau Loroff: Ja, Herr Möhle: Ja, Herr Nummensen: Ja, Herr Pezük: Ja, Herr Sager: Ja, Herr Sauer: Ja, Herr Seidel: Ja, Herr Stehmeier: Ja, Herr Zeller: Ja (Einstimmige Zustimmung, 18 Ja-Stimmen)

- g) **Schulverein Gymnasium LDW, Wintersingen am 24.11.2023, Antragssumme: 500,00 €**, Beschlussempfehlung des FA Bildung, Jugend, Kultur und Sport: 500,00 €

Beschluss: Der Beirat Obervieland bewilligt 500,00 € aus Globalmitteln des Haushaltsjahres 2023

Abstimmungsergebnis: Frau Becker: Ja, Herr Boberg; Ja, Herr Bohlmann: Ja, Frau Böhrnsen: Ja, Herr Breitzke: Ja, Frau Dahnken: Ja, Herr Fabian: Ja, Frau Keyßler: Ja, Frau Klaassen: Ja, Frau Loroff: Ja, Herr Möhle: Ja, Herr Nummensen: Ja, Herr Pezük: Ja, Herr Sager: Ja, Herr Sauer: Ja, Herr Seidel: Ja, Herr Stehmeier: Ja, Herr Zeller: Ja (Einstimmige Zustimmung, 18 Ja-Stimmen)

TOP 6: Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten (vorab über office@oaobervieland.bremen.de oder während der Sitzung über Wortmeldung/Chat-Beitrag)

Keine Beiträge aus dem Publikum oder im Live-Chat.

TOP 6: Mitteilungen des Ortsamtsleiters

- 01.12.2023: Lichterfest auf dem Sonnenplatz (Beginn 17.30 Uhr)
- 01./02.12.2023: Weihnachtsmarkt in der Willi-Hundt-Straße (jeweils von 14.00-18.00 Uhr)
- 19.12.2023: Beiratssitzung (verlegt vom 12.12.2023)

Sitzungsleitung
gez. Radolla

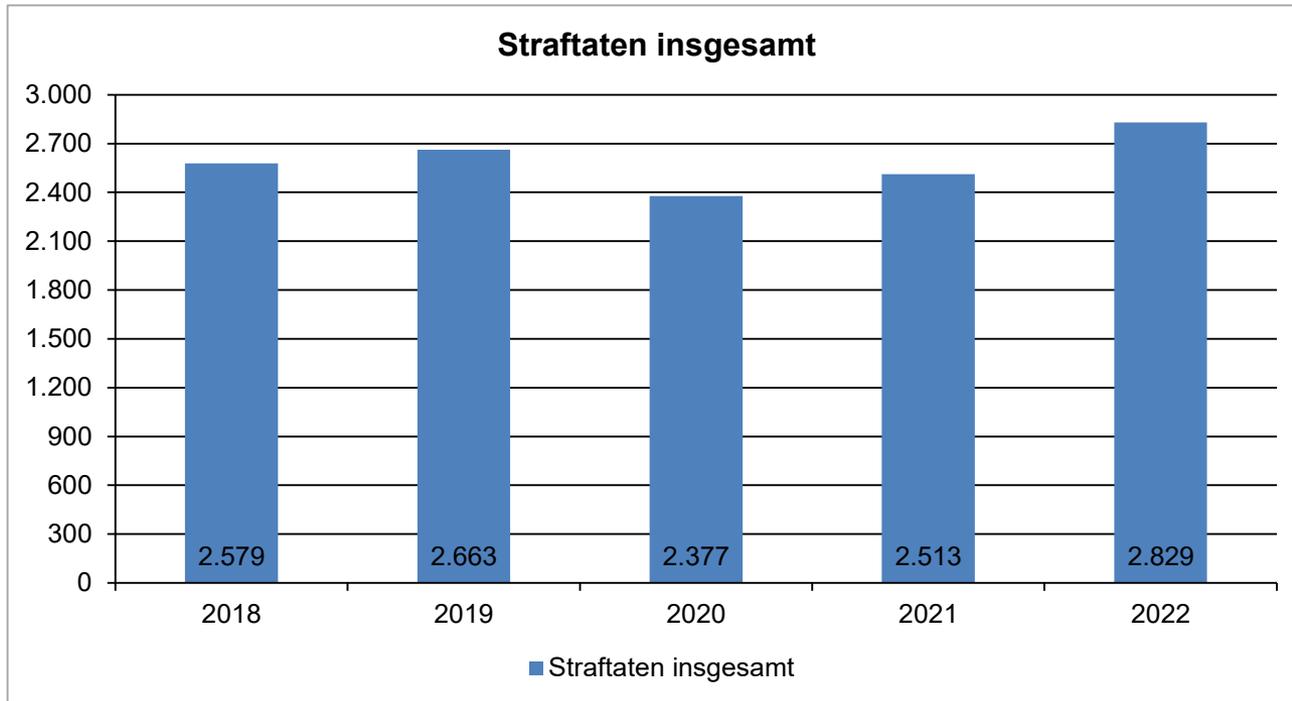
Beiratssprecher
gez. Möhle

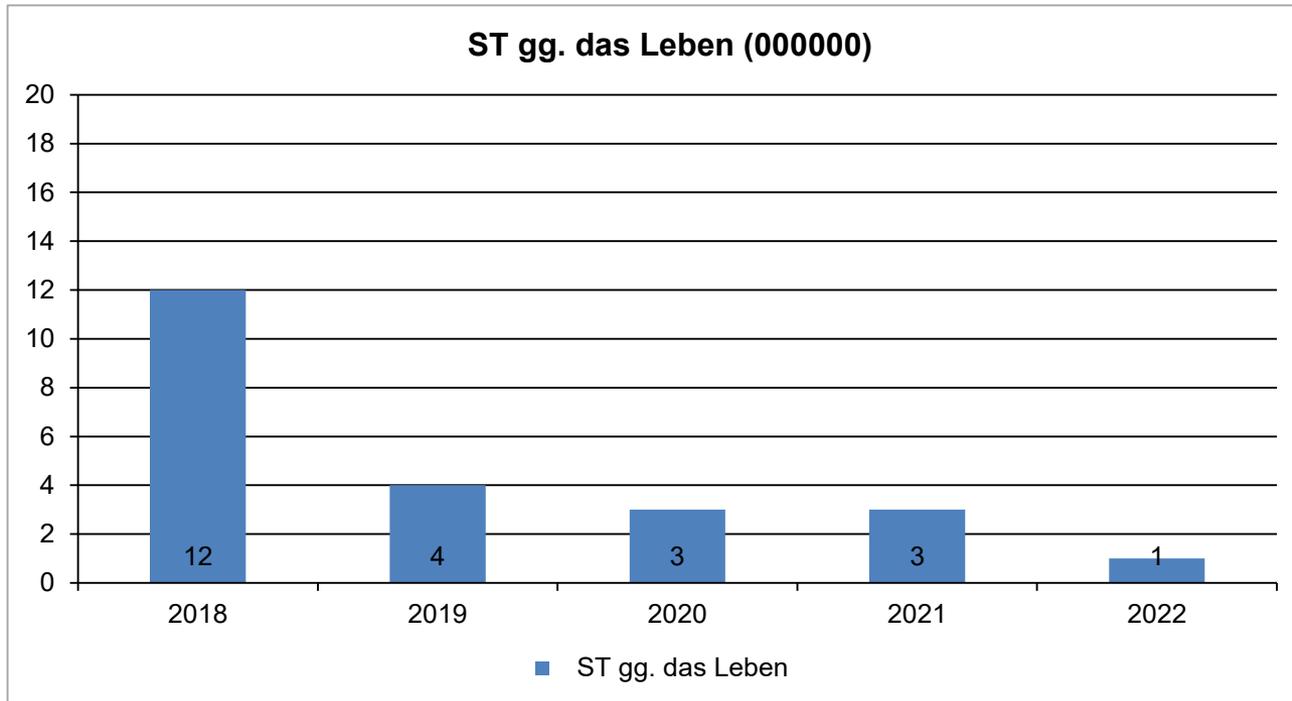
Protokoll
gez. Dorer

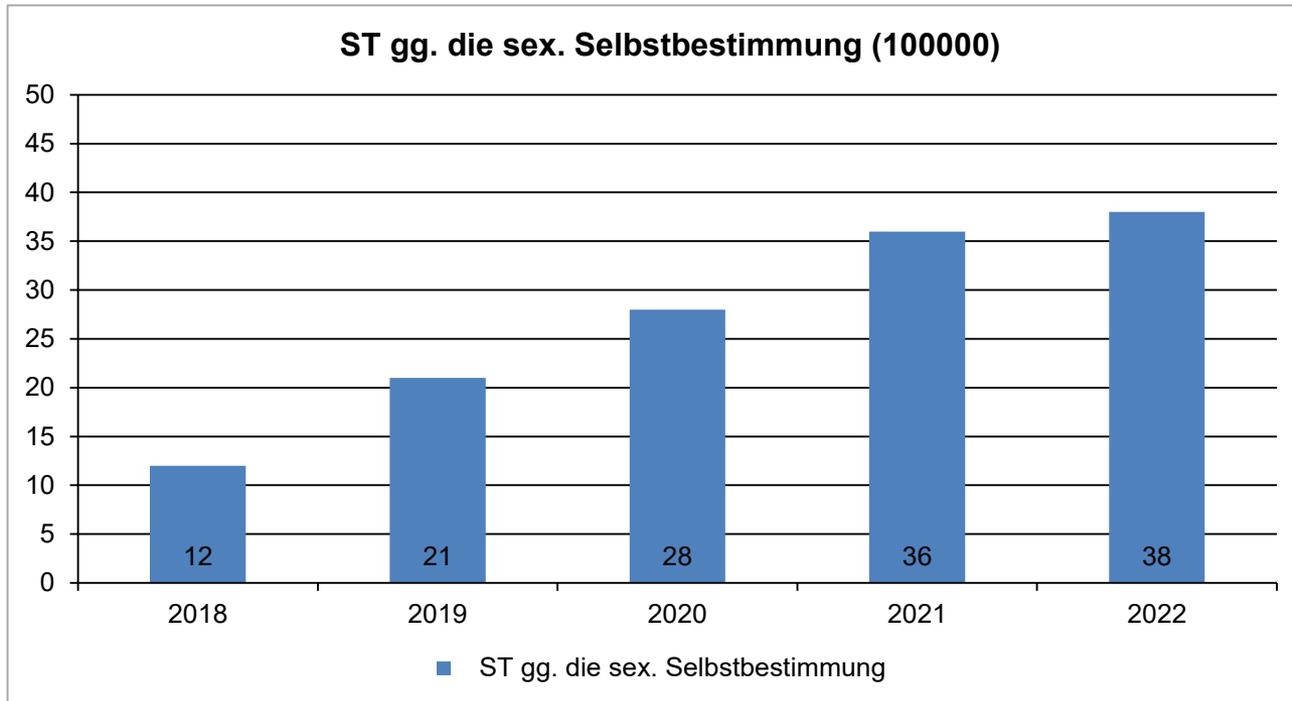


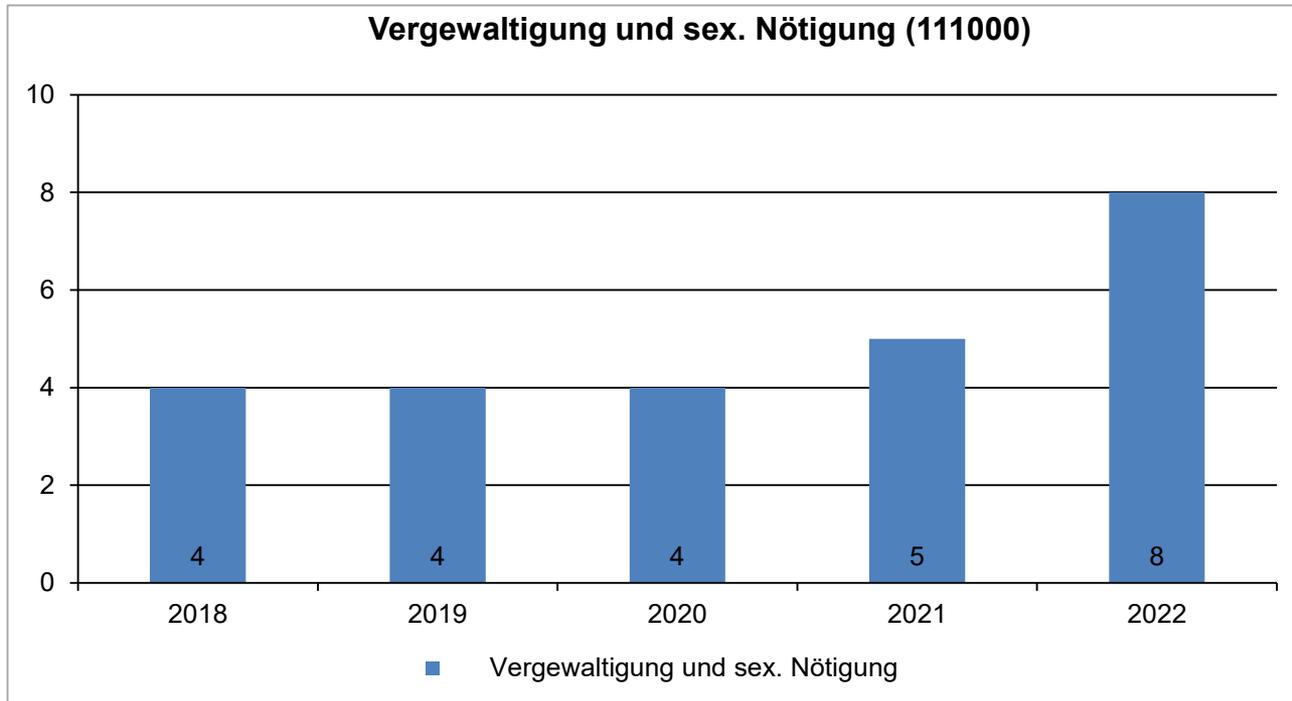
PKS 2022 Obervieland

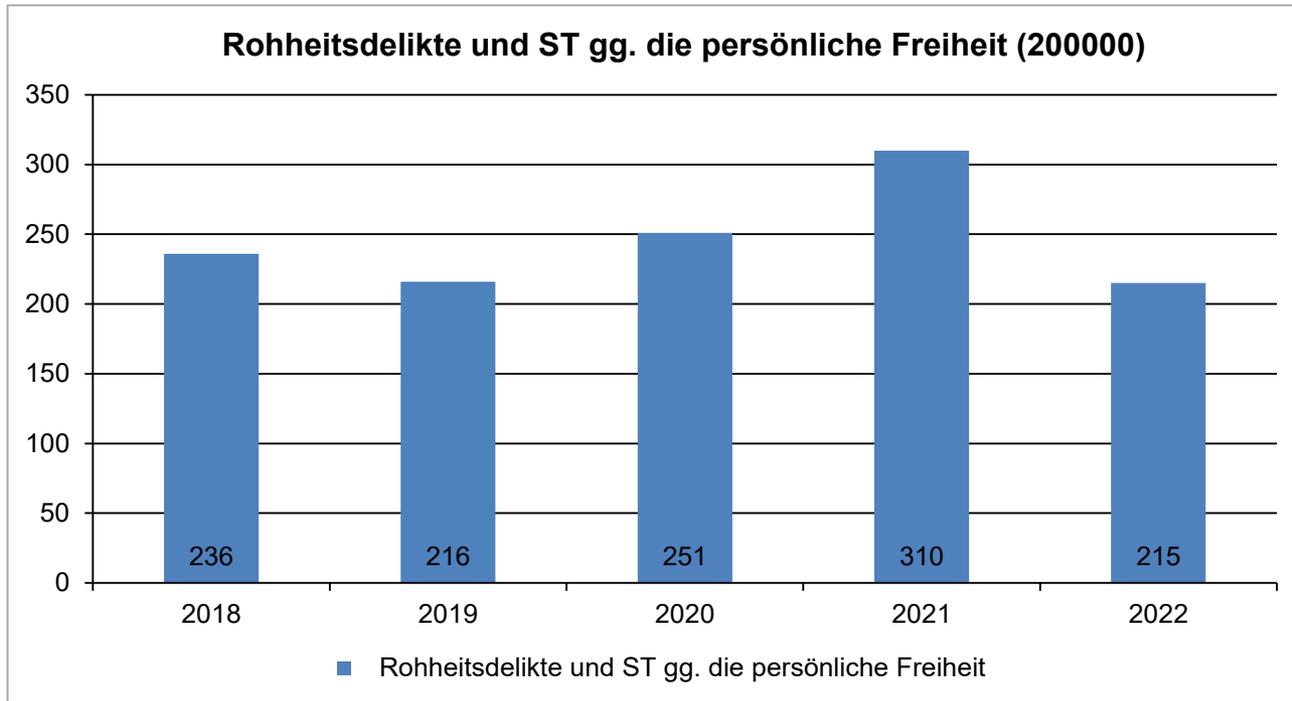


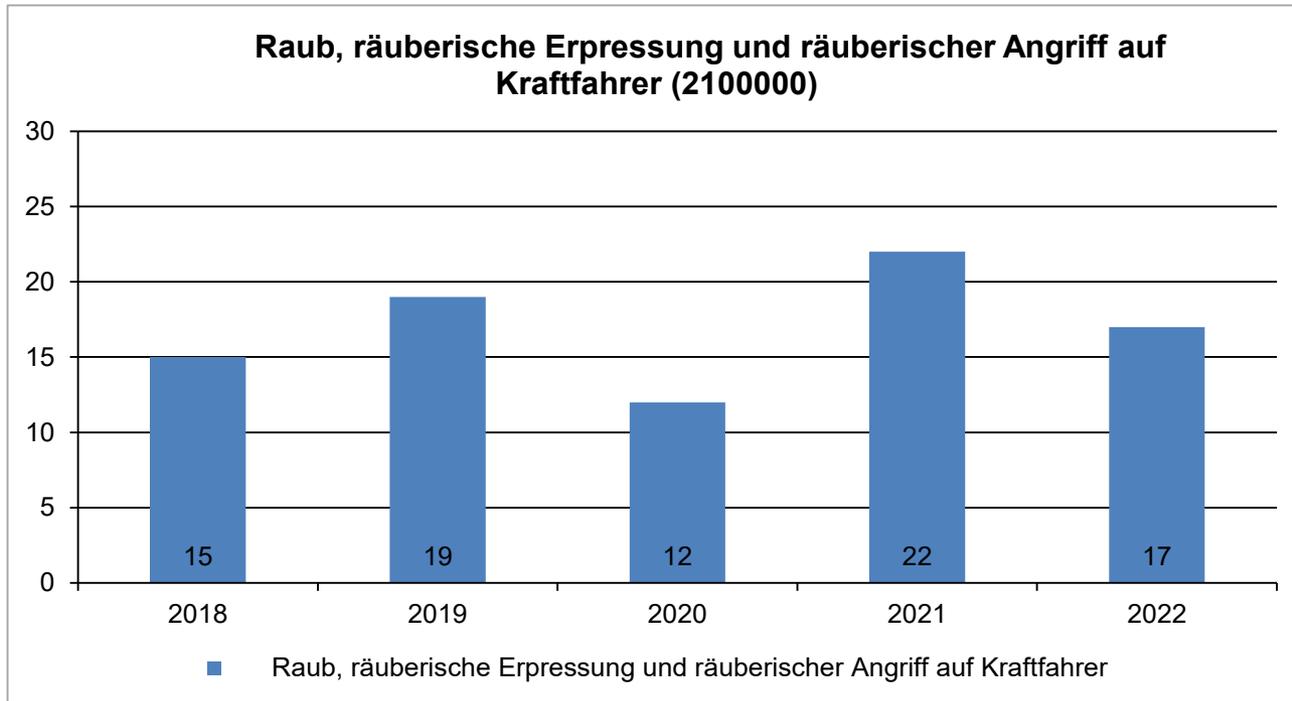


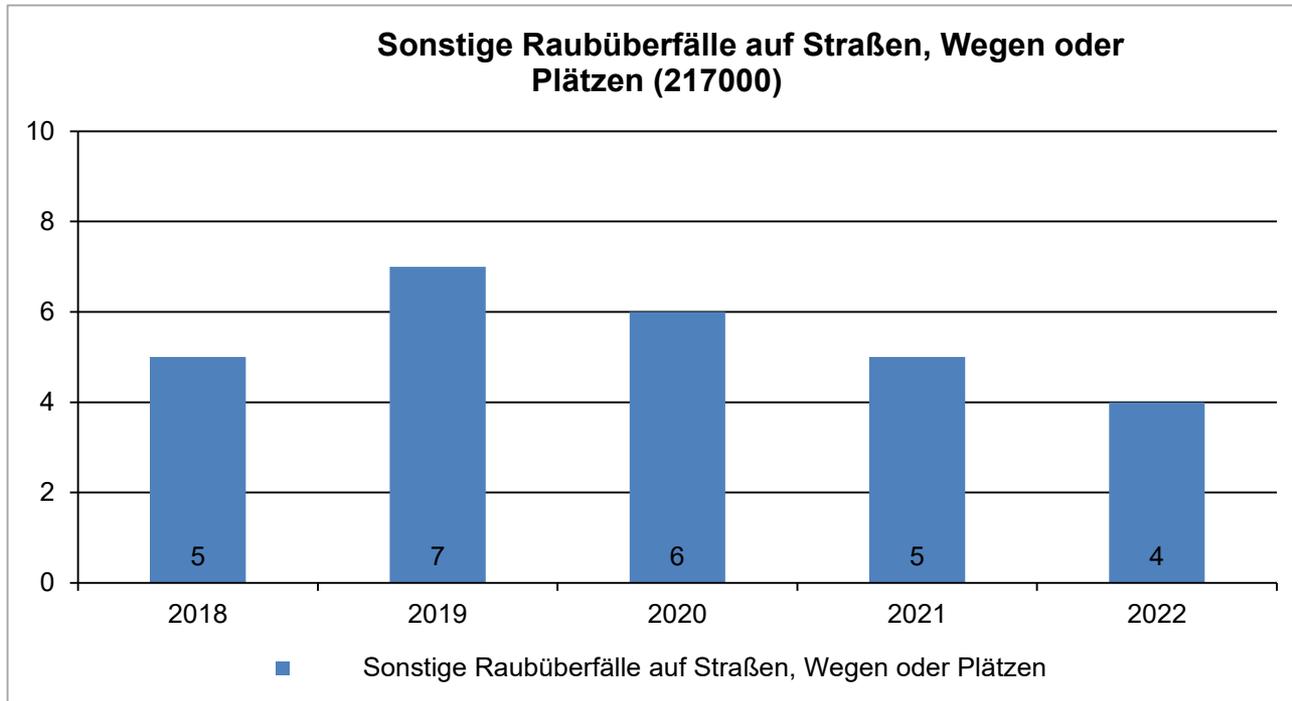


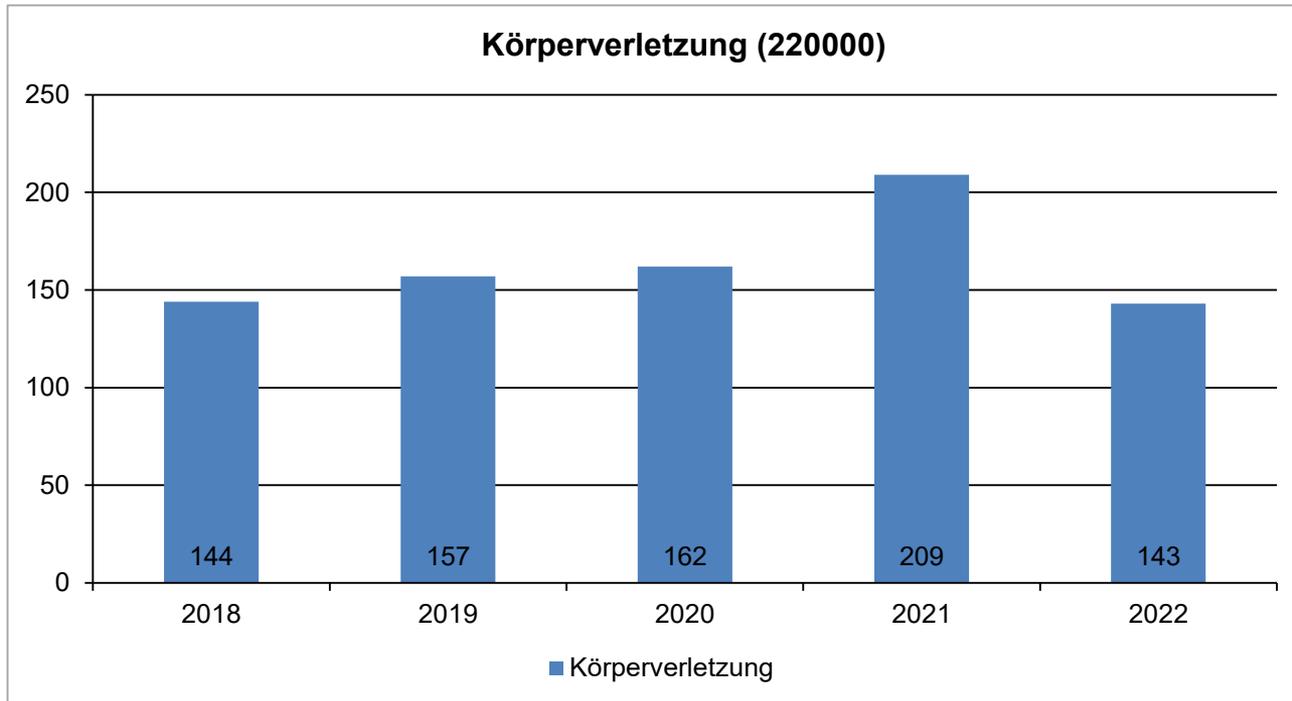


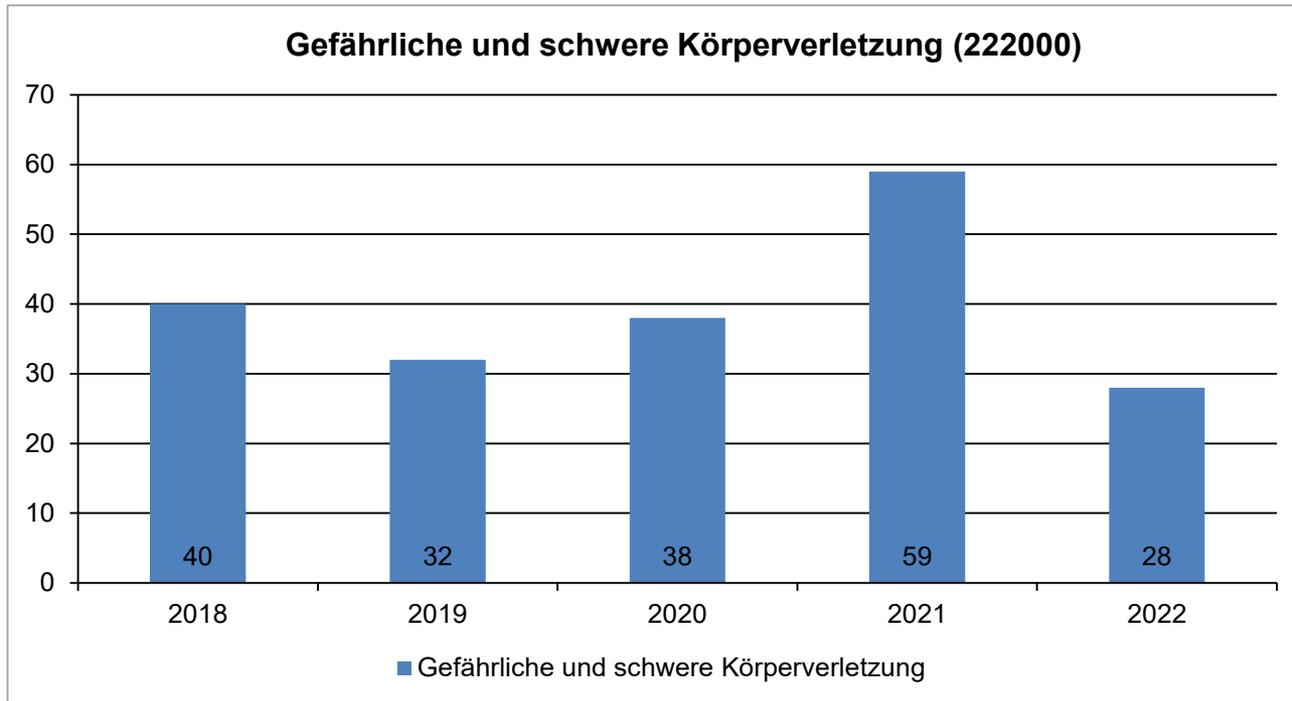


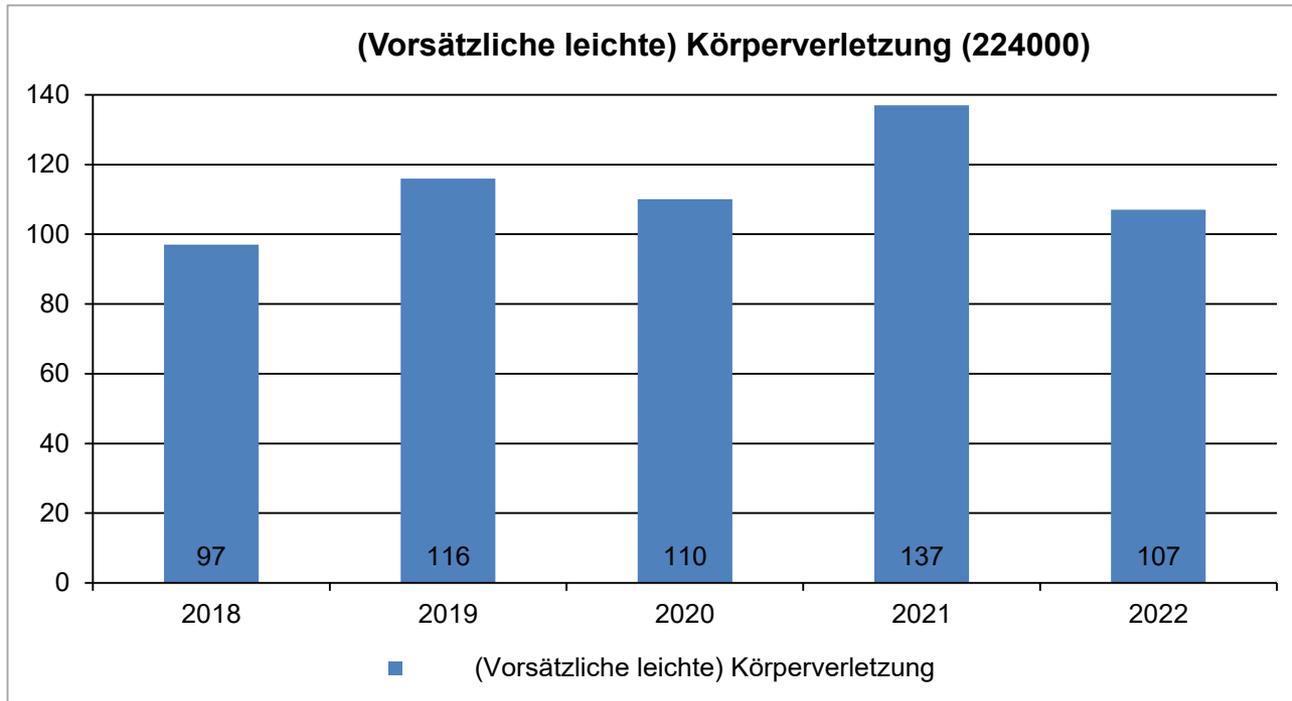


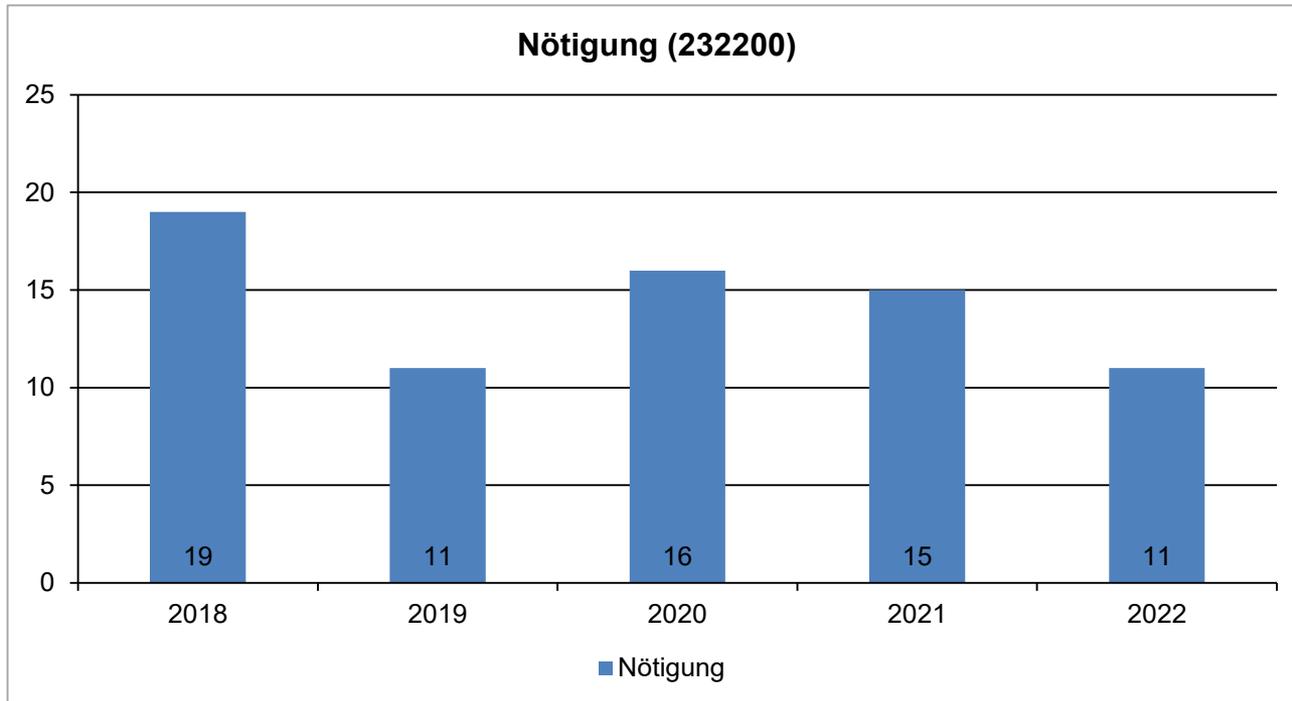


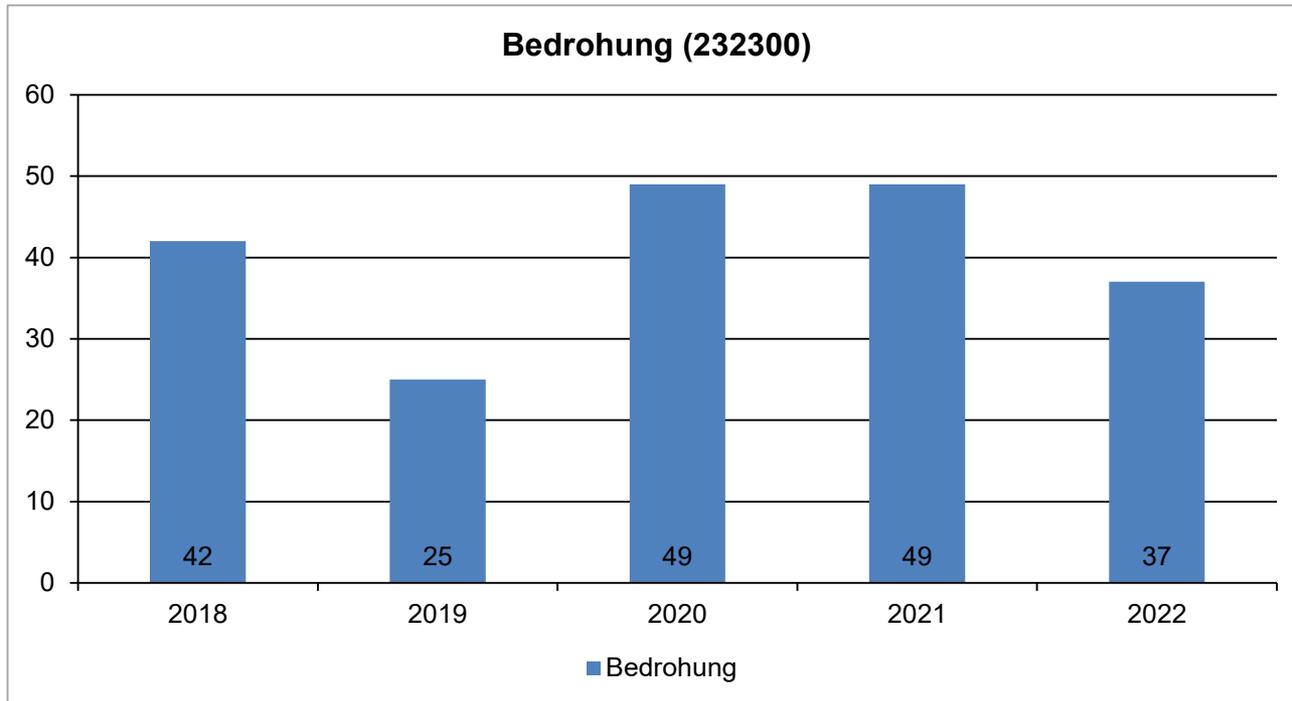


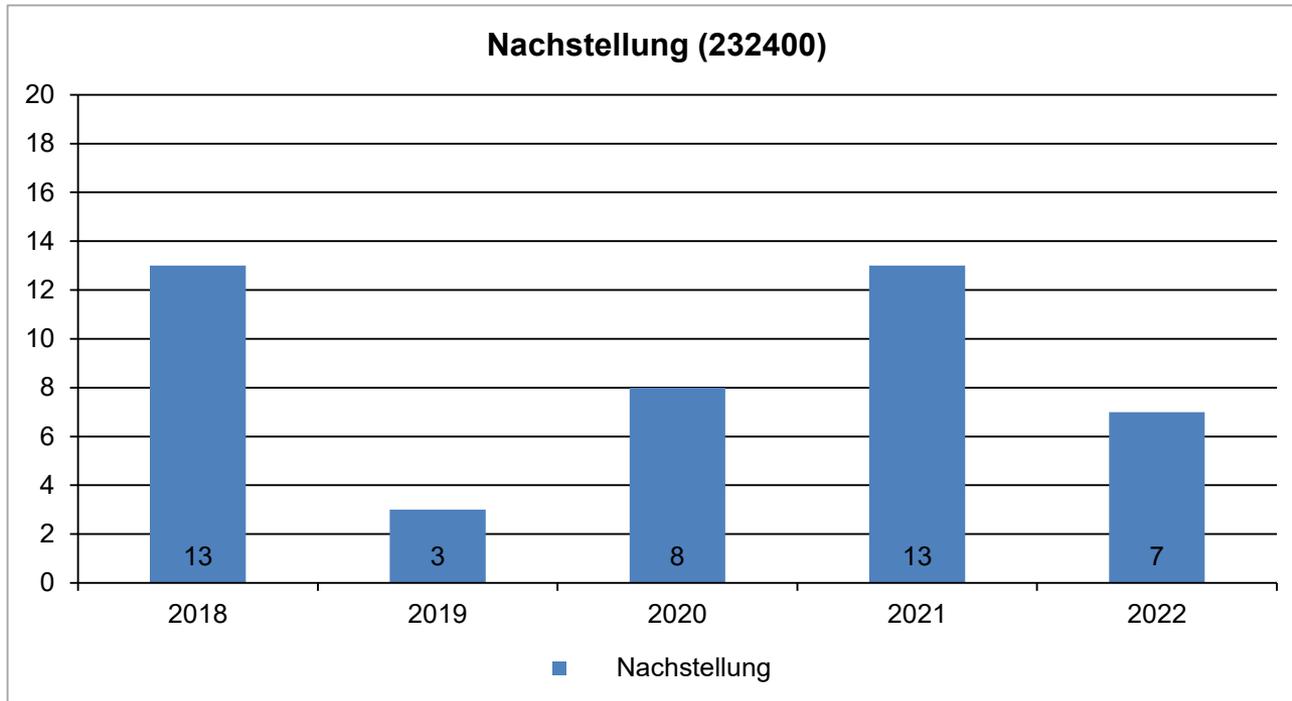


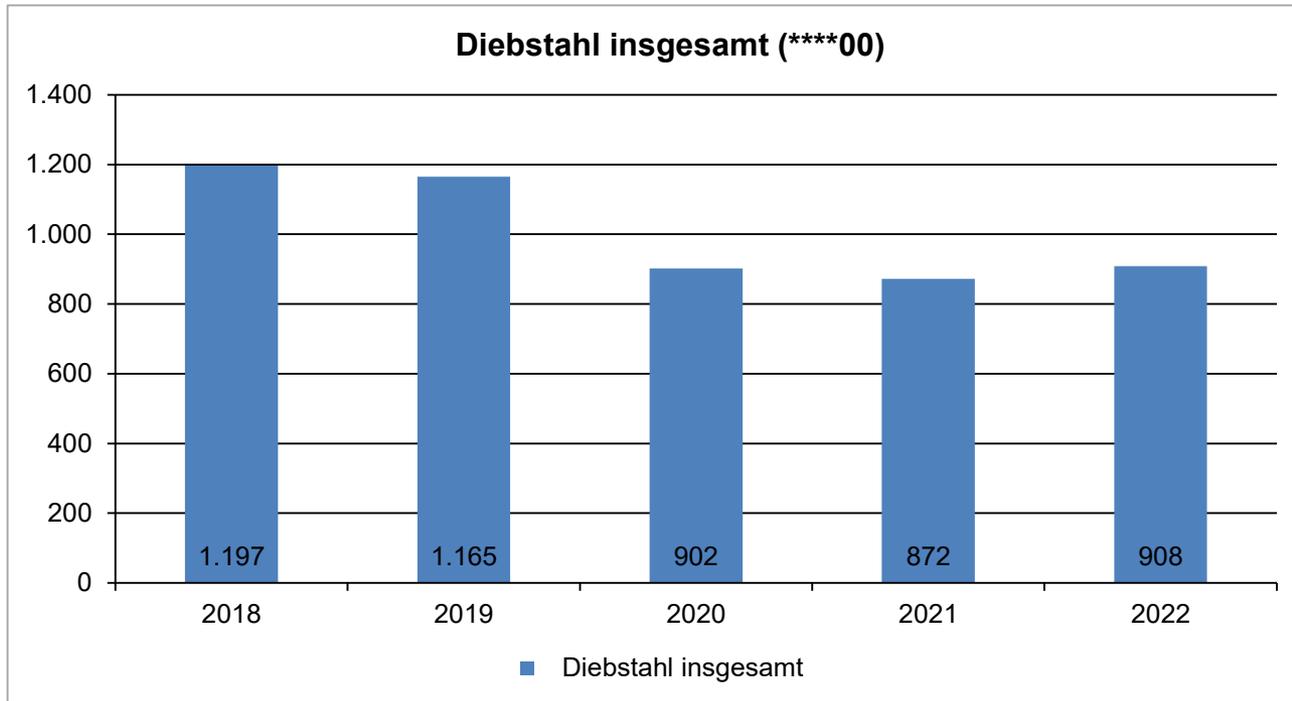


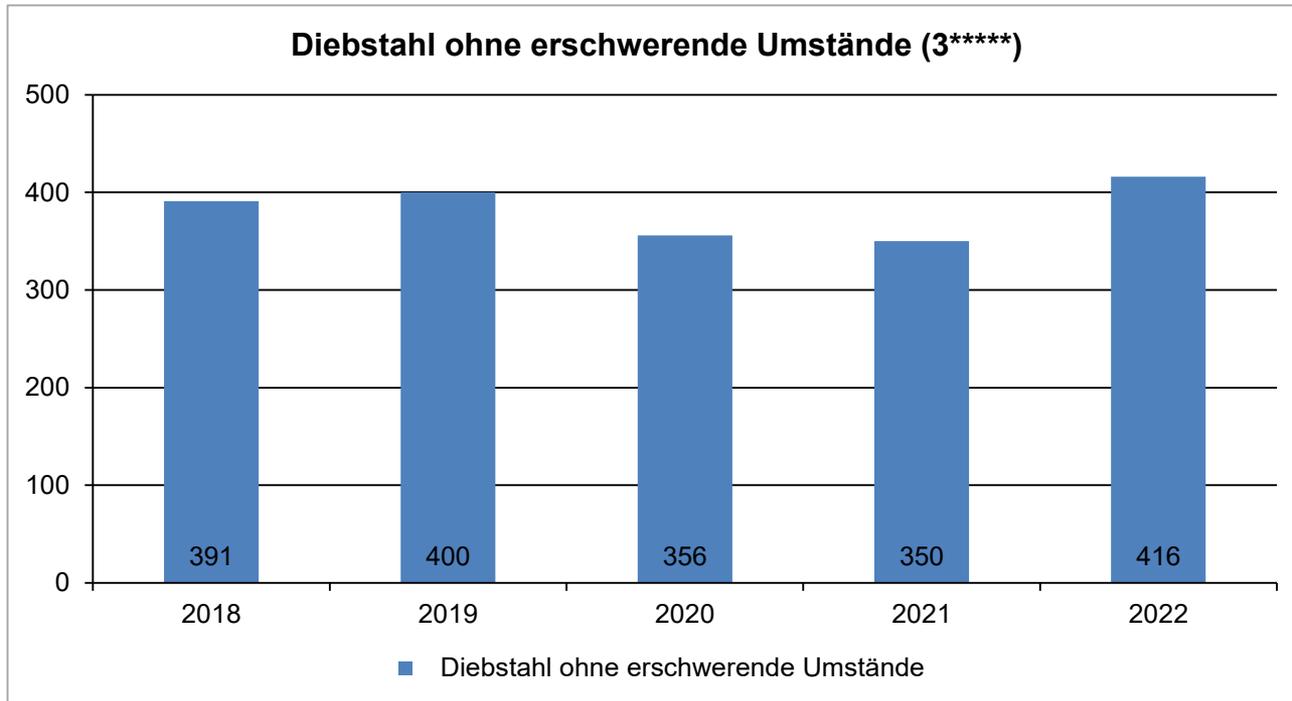


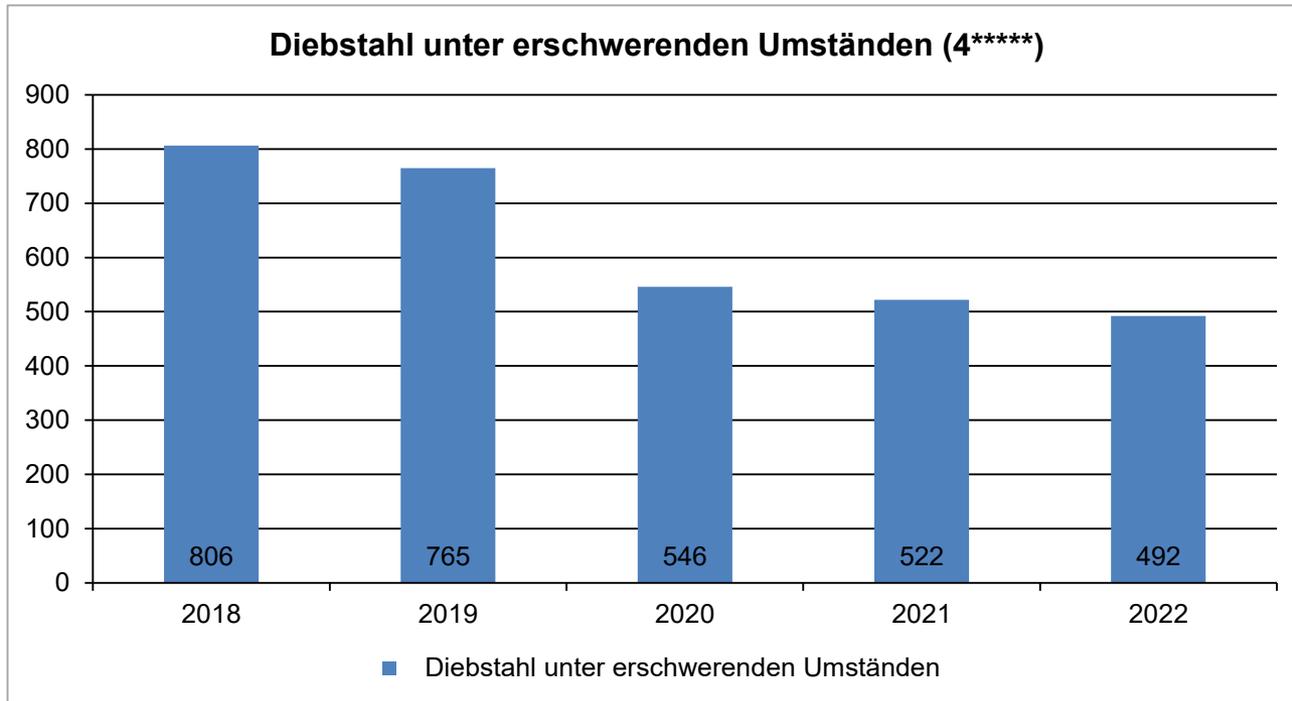


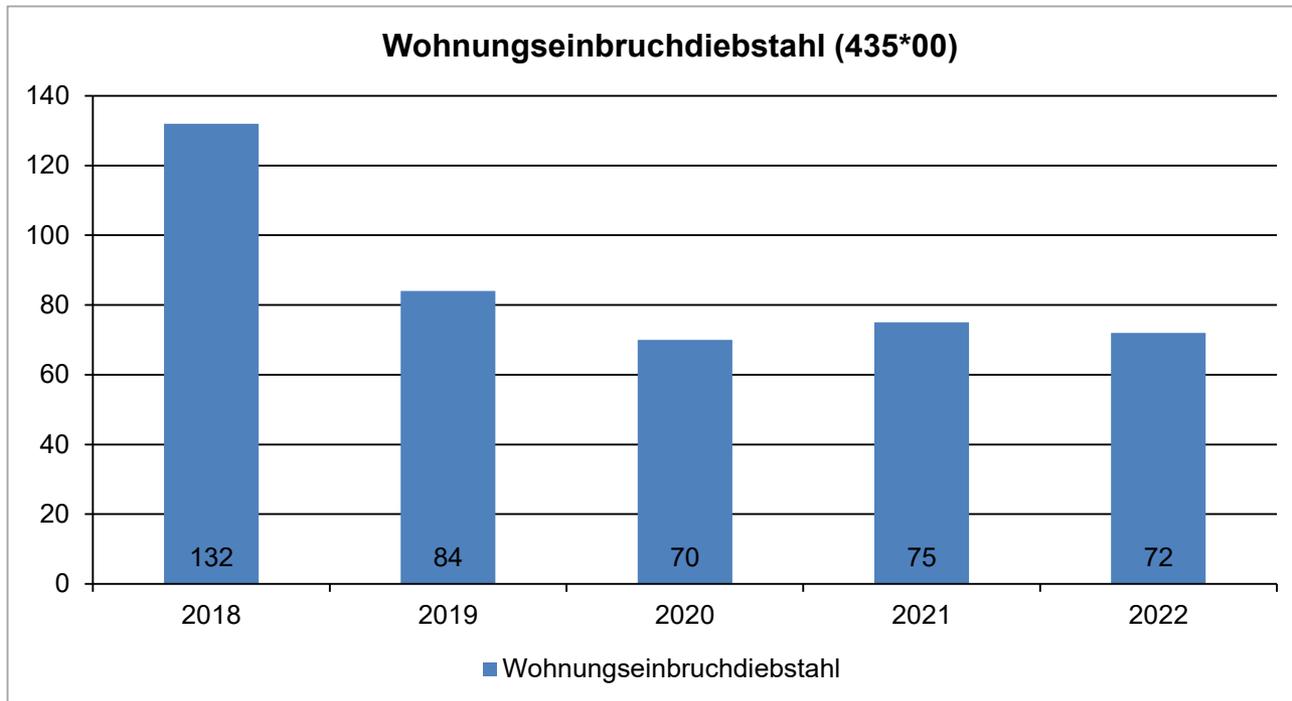


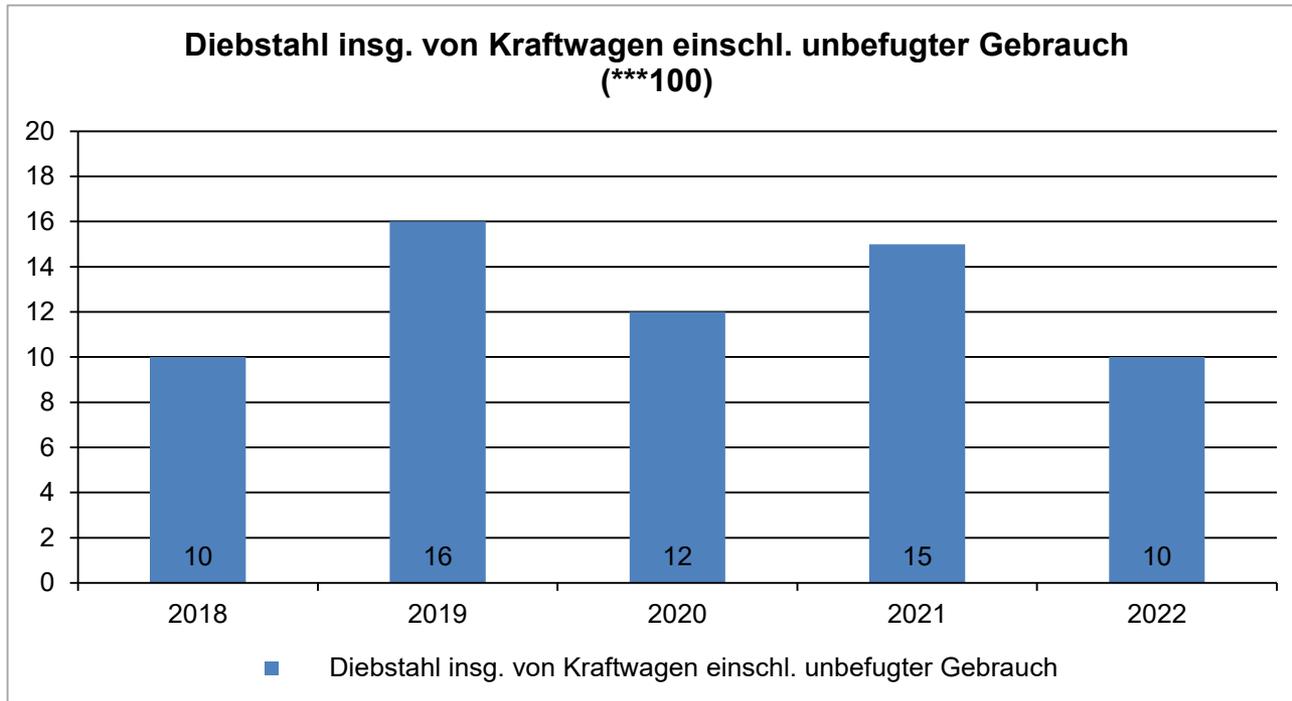


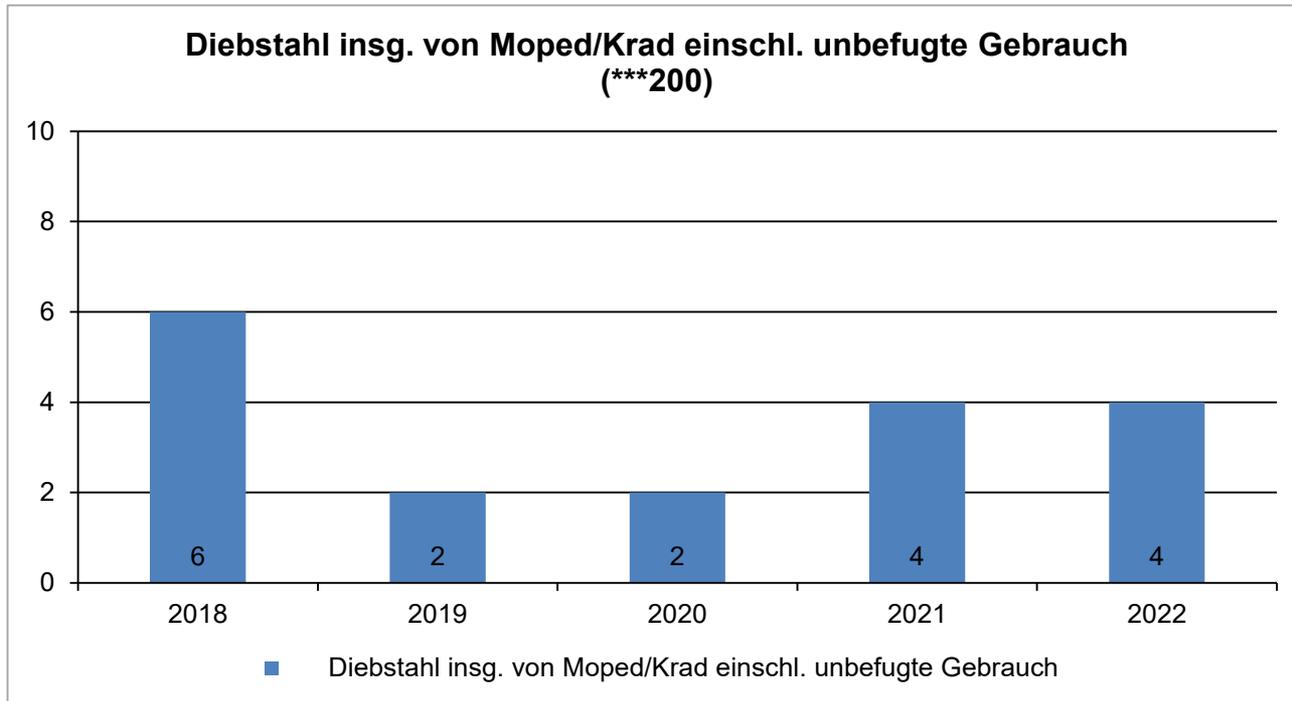


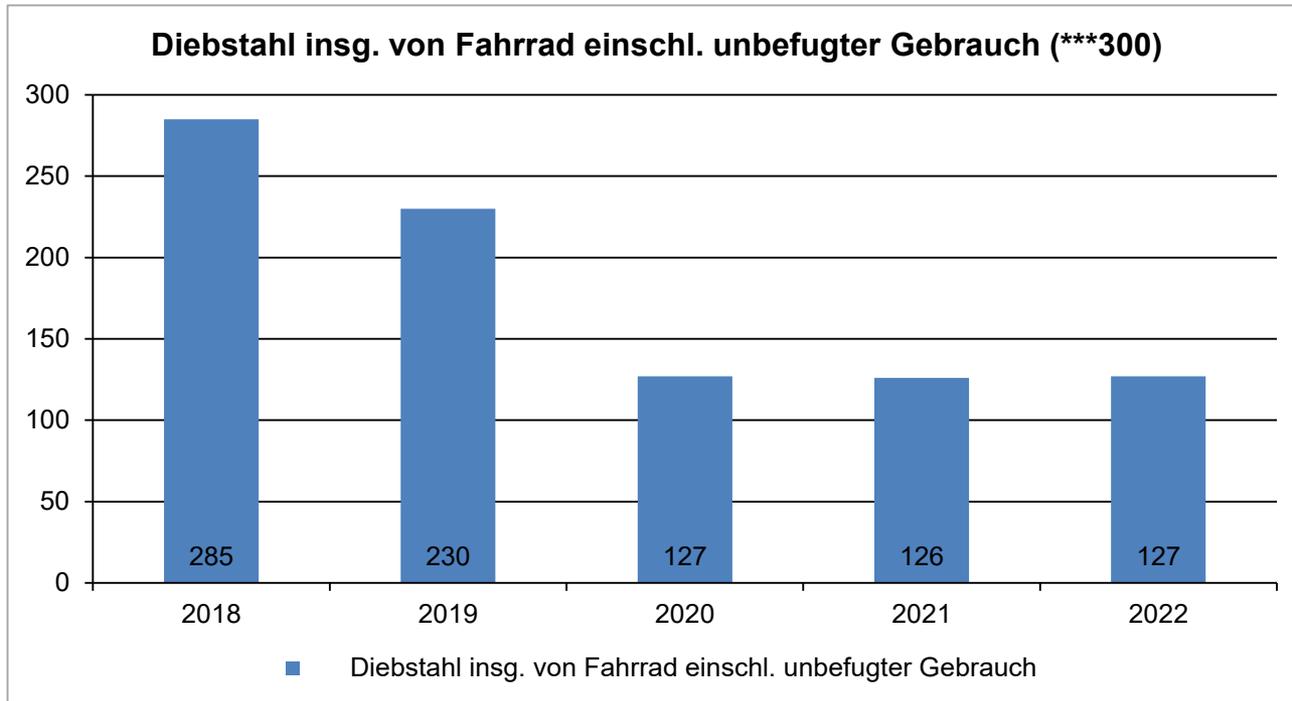


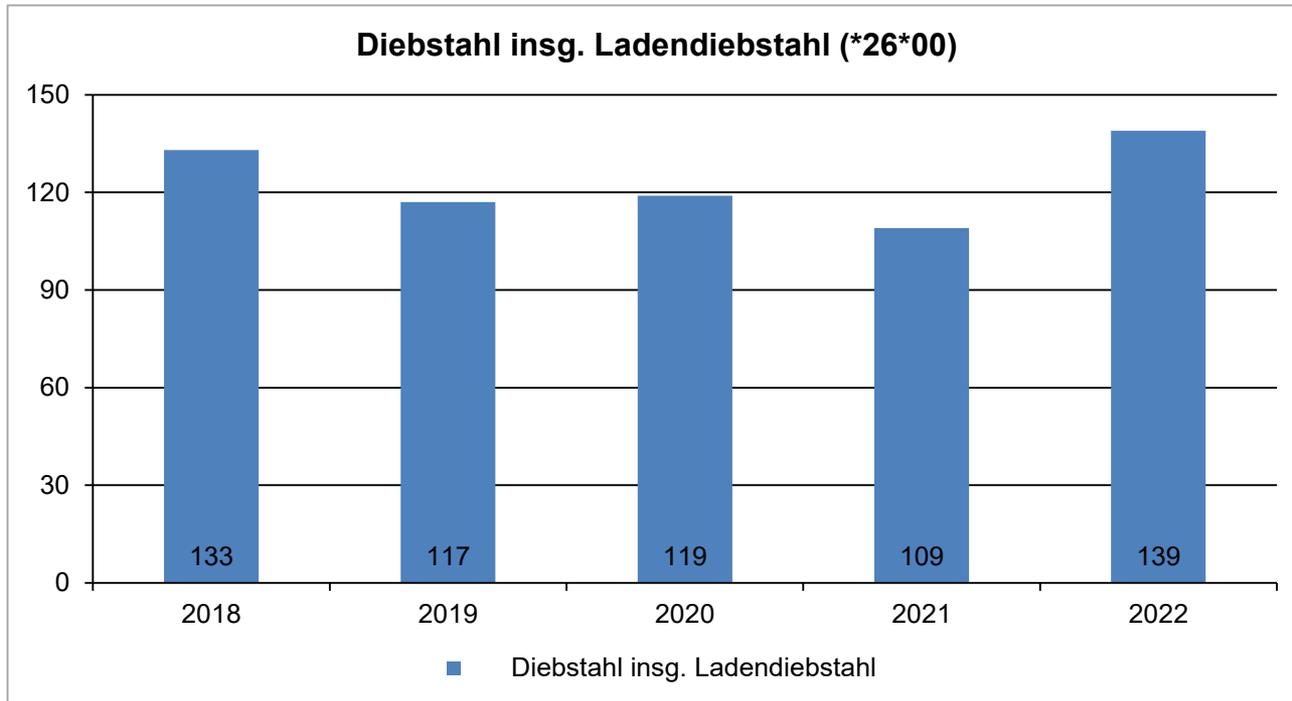


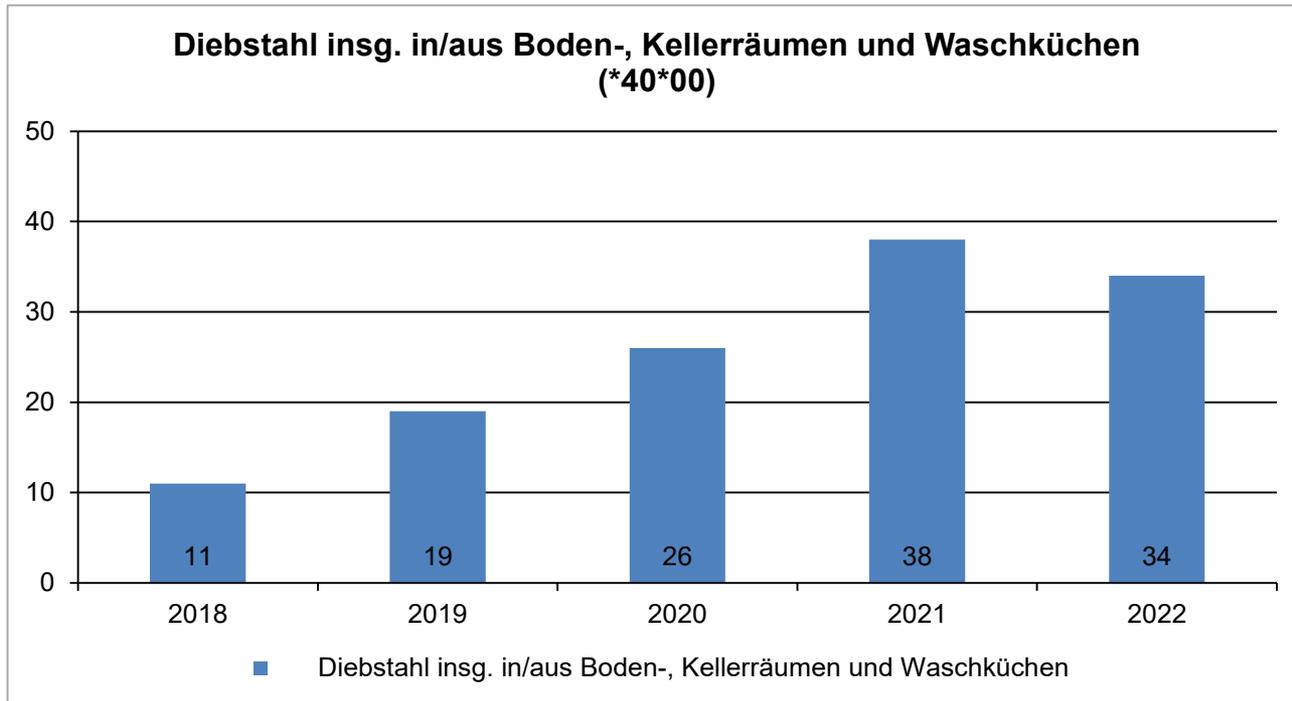


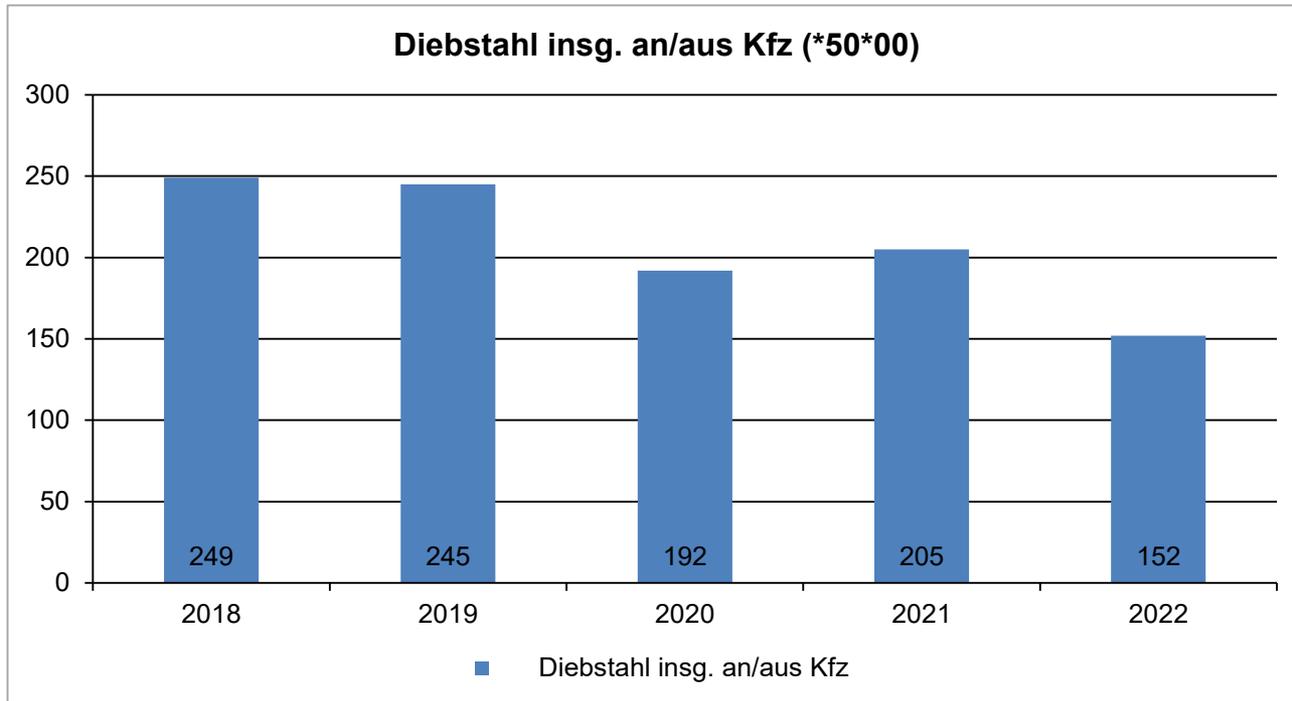


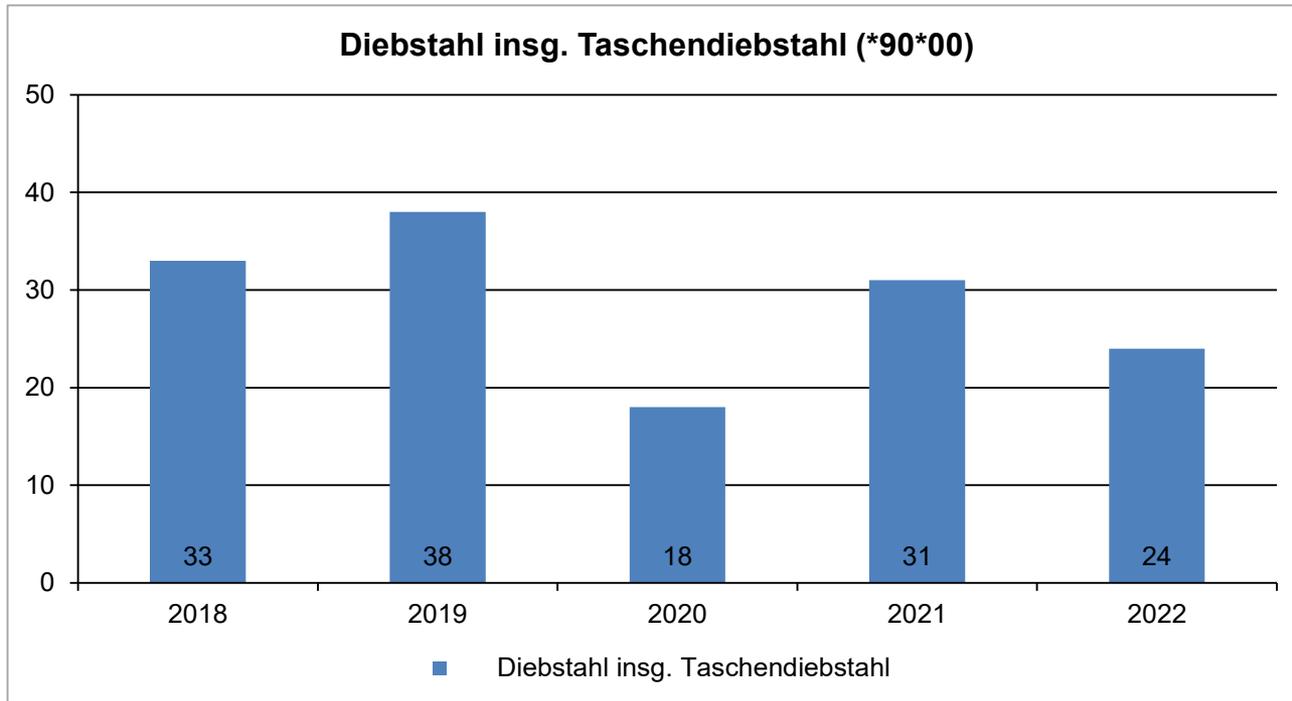


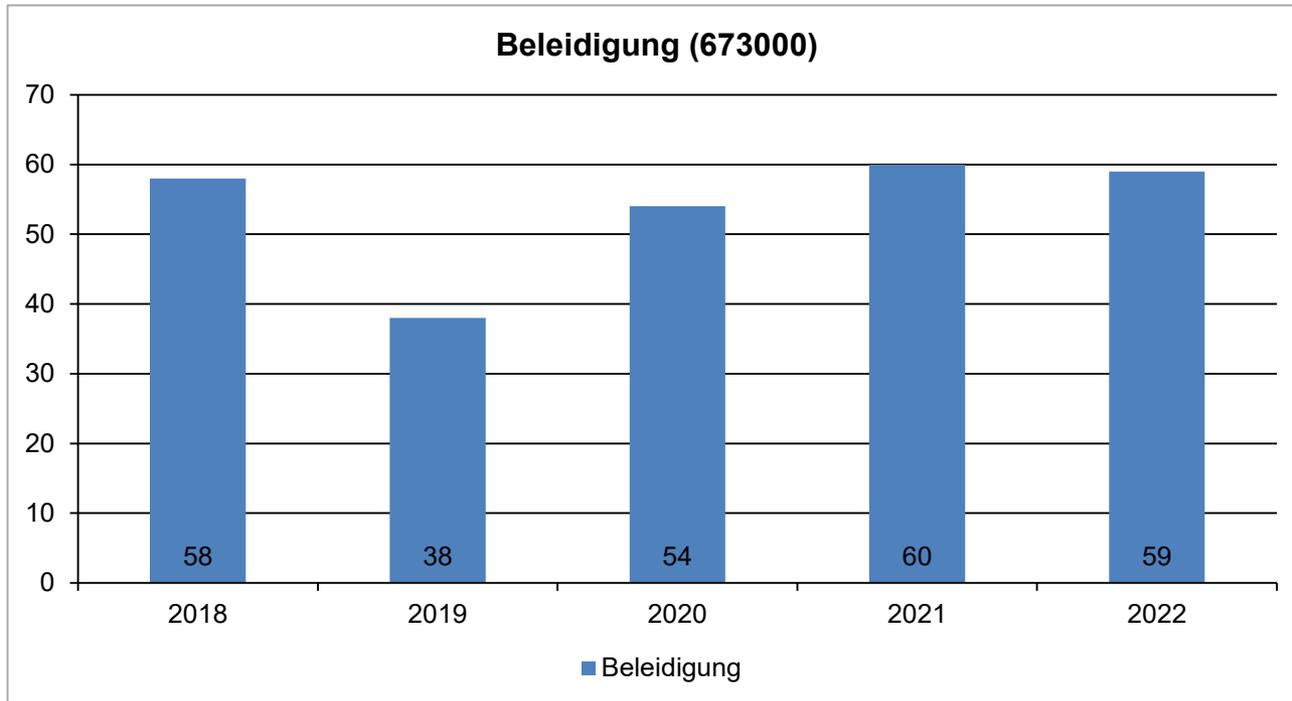


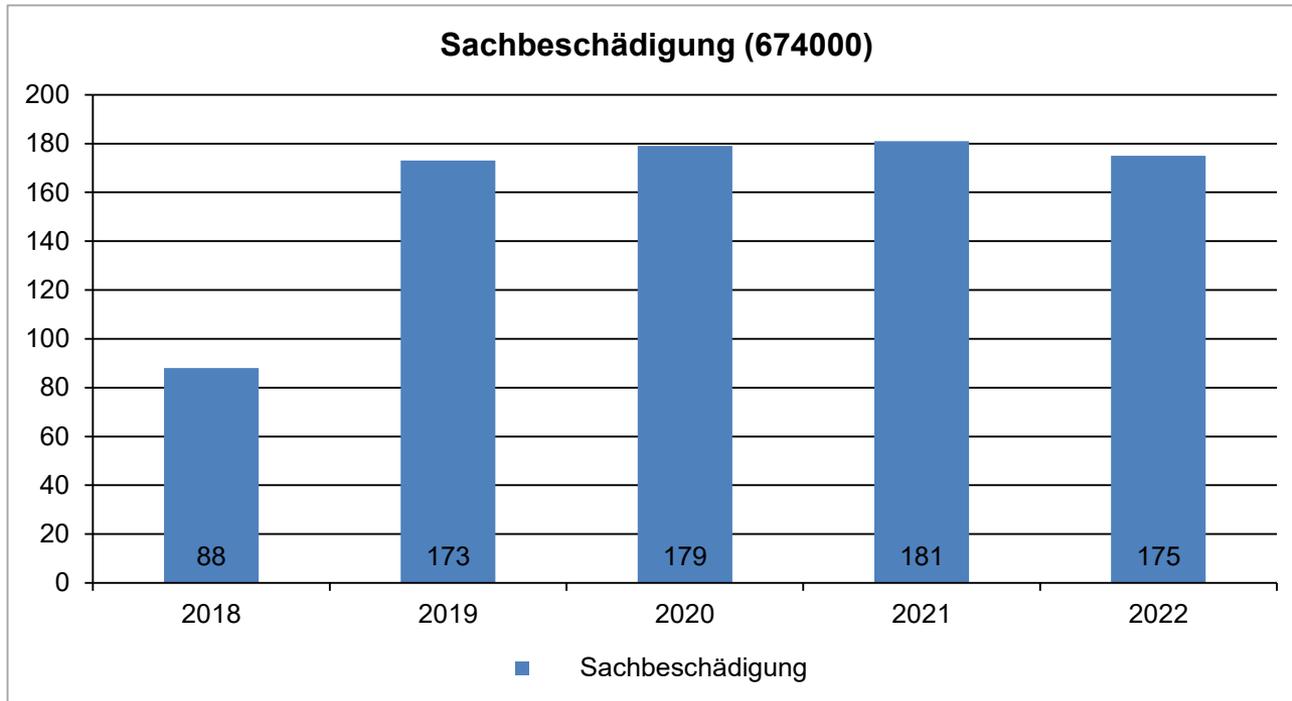


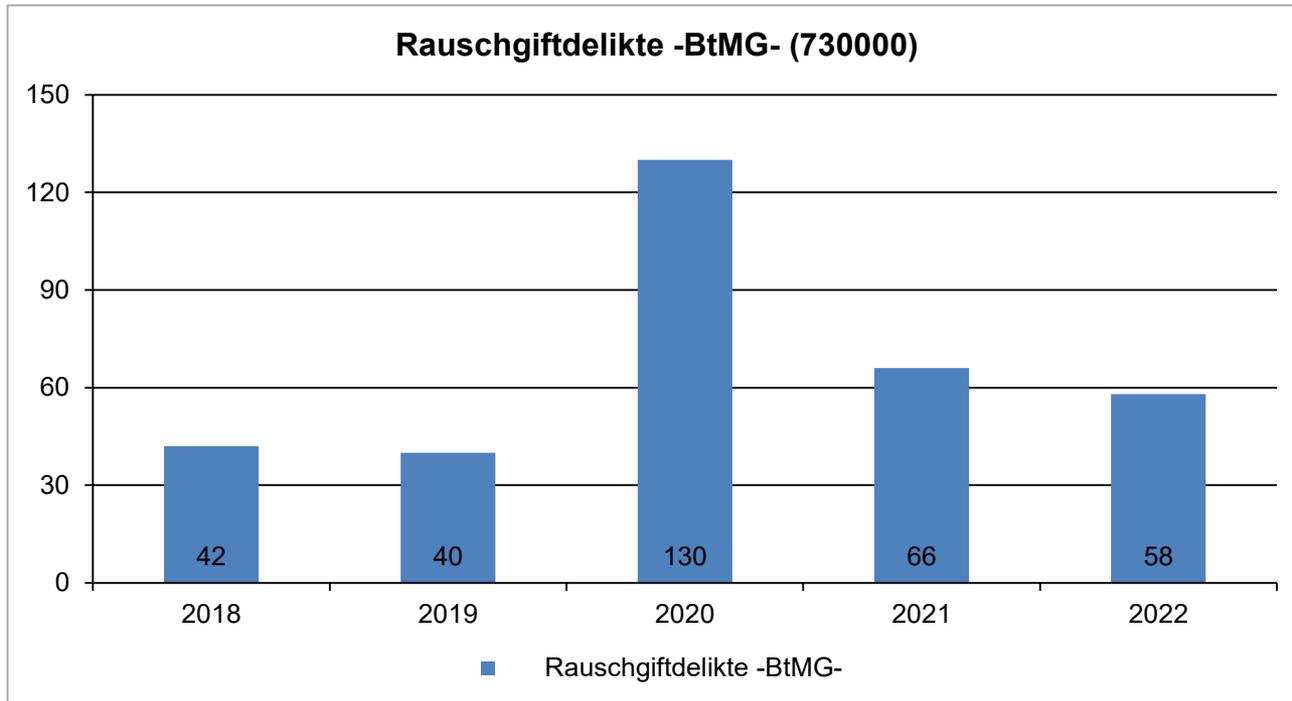












Stellungnahme zur Stärkung der Bürgerbeteiligung in Bremen

an die Beiräte und Ortsämter, Abgeordnete der Bürgerschaft, Senat und senatorische Behörden sowie dem Zusammenschluss von Bürgerinitiativen in Bremen

In Bremen gibt es seit Langem eine engagierte Diskussion darüber, wie Bürgerbeteiligung ausgestaltet und verbessert werden kann. Einige Dinge sind schon auf den Weg gebracht worden – z.B. eine Vorhabenliste und eine Koordinierungsstelle in der Senatskanzlei. Beide Elemente tragen jedoch noch nicht hinreichend zu der gebotenen Transparenz und zu einem konstruktiven Miteinander von Planungsbehörden sowie Bürgerinnen und Bürgern bei. Um Konflikte bei Planungsvorhaben zu entschärfen und um dem Vertrauensverlust in die Institutionen der Demokratie entgegenzuarbeiten, haben viele Kommunen neue Formen von Bürgerbeteiligung entwickelt, um die Mitwirkung von Bürger*innen an der Gestaltung politischer Vorhaben zu ermöglichen. Dazu gehören Beteiligungswerkstätten, Bürgerräte oder gemeinsame Gremien von Bürger*innen, Verwaltung und Politik, die schon bei der Planung von Vorhaben versuchen, Konflikte zu identifizieren und nach gemeinsamen Lösungen zu suchen. Dabei geht es in erster Linie um Transparenz und Offenheit sowie um die Steigerung der Qualität von Bürgerbeteiligung. Wir verstehen vor diesem Hintergrund die folgenden Vorschläge als Anregungen an die politischen Entscheidungsträger in Bürgerschaft und Senat, dem Beispiel anderer Städte zu folgen. Uns ist dabei bewusst, dass jede Kommune ihre eigenen Voraussetzungen und Strukturen mit sich bringt.

1. Beiräte stärken und besser ausstatten

Wir halten die Beiräte für wichtige und zentrale Institutionen bei der Realisierung von Bürgerbeteiligung in Bremen. Durch Einwohnerversammlungen, Bürger*innenforen, Runde Tische und über öffentliche Veranstaltungen organisieren sie Bürgerbeteiligung in ihrem jeweiligen Stadtteil und tragen dadurch zu einer lebendigen Demokratie bei. In den letzten Jahren sind die Beiräte durch verschiedene Reformen in ihren Kompetenzen und Entscheidungsrechten weiter gestärkt worden. Da die senatorischen Behörden die Beiräte dennoch oft stiefmütterlich behandeln und als Gesprächspartner nicht ernst nehmen, wünschen sich viele Beiräte mehr Gehör und Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungen. Dazu gehört die Stärkung der Beirätekonferenz nach der Abschaffung des Bürgerschaftsausschusses für Bürgerbeteiligung und Beiratsangelegenheiten.

Wenn politisch gewollt ist, dass die Beiräte ihre Aufgabe als Mittler zwischen Politik und Bürger*innen wahrnehmen können, muss man nicht nur ihre

Rechte in der politischen Gesamtstruktur Bremens weiter stärken, sondern sie auch finanziell und personell so ausstatten, dass sie in der Lage sind, Bürgerbeteiligung noch besser zu realisieren. Das ist bisher nicht ausreichend der Fall – die Beiräte sind chronisch unterfinanziert. Es verträgt sich auch nicht mit dem Anspruch, den Beiräten die hauptsächliche Verantwortung für Bürgerbeteiligung zu übertragen, wenn sie häufig die Erfahrung machen, dass ihre Anliegen unter den Tisch fallen. Neben Beiräten sind auch die WIN-Foren und die Quartiersmanager*innen ein belebendes Element für Bürgerbeteiligung in den Wohnquartieren und sollten zukünftig gestärkt werden.

2. Mehr Bürger*innen durch Losverfahren beteiligen

Es wird immer wieder beklagt, dass Bürgerbeteiligung meistens von ressourcen- und artikulationsstarken Gesellschaftsgruppen getragen wird, die damit ihre Anliegen im politischen Raum durchzusetzen versuchen. Beteiligungsfremde Gesellschaftsschichten kommen dagegen nicht zum Zuge. Es bedarf vor diesem Hintergrund mehr Formate, in denen durch Losverfahren sich auch solche Bürger*innen beteiligen können, die sonst zu kurz kommen. Bremen hat mit einem diesbezüglichen Bürgerforum bereits erste Erfahrungen gesammelt. Bremen braucht jedoch mehr Erfahrungen mit solchen Formaten, die in anderen Städten längst Alltag sind. Geloste Bürgerräte können dazu beitragen, dass mehr Bürger*innen an den öffentlichen Angelegenheiten teilnehmen und ihre jeweiligen Kompetenzen und vielfältigen Erfahrungshorizonte auf Stadtteilebene oder auch auf gesamtstädtischer Ebene einbringen können. Auch weitergehende Formate wie die partizipative Gesetzgebung mit gelosten Bürger*innen, die von Bundesländern wie Baden-Württemberg, Berlin oder Rheinland-Pfalz schon praktiziert werden, sind denkbar.

3. Erweiterte Kinder- und Jugendbeteiligung nach Art. 25 Landesverfassung

In der Stadtgemeinde Bremen sind die Beteiligung und die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen bei der Wahrnehmung ihrer Interessen und Bedürfnisse in landesrechtlichen Rahmungen (BremKJFFöG, BremSchVG) für die Kinder- und Jugendhilfe und für Schule seit langer Zeit erprobt und weiterentwickelt worden. Außerdem gibt es bereits in vielen Stadtteilen Jugendforen oder Jugendbeiräte. Darin entscheiden Jugendliche über die Vergabe von „Jugend“-Mitteln für Projekte vor Ort, die sie kennen und die ihnen wichtig sind. Begleitet werden sie durch Ortsämter und die Senatskanzlei. Parallel werden in Zusammenarbeit von Senatskanzlei, Stadtteilbeiräten, Ortsämtern und Schulen Informationen und Befragungen durch die Lernplattform Itslearning entwickelt.

Im Jahr 2021 wurden durch Änderung in Artikel 25 der Bremischen Landesverfassung erweiterte Beteiligungsrechte für Kinder und Jugendliche als demokratische Basisnorm fixiert. Sie verpflichten die öffentliche Verwaltung und die Politik, Kinder und Jugendliche in allen Bereichen zu beteiligen, die Einfluss auf die Gestaltung ihrer Lebensumstände nehmen. Das bedeutet,

dass junge Menschen beispielsweise auch zur Arbeitsmarktpolitik, Umweltpolitik oder zur Stadt- oder Verkehrsplanung beteiligt werden müssen und dass ihre Perspektiven im Verwaltungshandeln systematisch zu berücksichtigen sind. Das bedeutet, sie auch in die Planungsverfahren und Beteiligungsstrukturen in geeigneter Weise einzubeziehen. Eine wichtige Voraussetzung ist die Umsetzung der in der Koalitionsvereinbarung (21. Legislaturperiode) festgelegten Vorhaben, u.a. die Einführung von Jugendbeiräten/Jugendforen in allen geeigneten Stadtteilen (soweit von den Jugendlichen gewünscht), ihre Unterstützung durch hauptamtliche Mitarbeiter*innen und die Initiierung eines Gesamtjugendbeirats.

Das Bremer Netzwerk Bürgerbeteiligung fordert Bürgerschaft und senatorische Behörden auf, sich nicht auf allgemeine Vorschläge oder Empfehlungen an „die“ Verwaltung zu beschränken, sondern bereits durchgeführte Projekte zu evaluieren, verbindliche Qualitäten, Kriterien und rechtliche Verfahrensstandards für die erweiterte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu erarbeiten, mit Rechtskraft einzuführen und weiterzuentwickeln. Da für die Beiratsebene (2018) und für das Verwaltungshandeln (2023) Handreichungen bereits vorliegen, sollte im nächsten Schritt eine Handreichung für die Beteiligung in weiteren gesellschaftlichen Bereichen und in altersübergreifenden Beteiligungsprojekten erarbeitet werden.

4. Bürgerinitiativen sind das Salz in der Suppe der Demokratie

Bremen hat eine lange Tradition einer vielfältigen und lebendigen Bürgerinitiativen-Landschaft und -Kultur. Immer wieder bilden sich in den Stadtteilen, aber auch auf kommunaler Ebene, Initiativen, die sich um öffentliche Angelegenheiten und Probleme kümmern. Das kann der Einsatz für einen Spielplatz, für eine verkehrsberuhigte Straße oder Tempo-30-Zonen, für den Erhalt von Bäumen und andere Umweltbelange oder für soziale Probleme wie Wohnraumbeschaffung sein. Es kommt nicht darauf an, ob man in allen Aspekten die Anliegen und Forderungen dieser Initiativen teilt, sondern ob man sie als Gesprächspartner ernst nimmt, sie umfassend informiert und ihnen Gehör schenkt. Die Informationsverweigerung durch Behörden und das Abkanzeln durch Politiker*innen tragen nicht dazu bei, den Dialog zwischen engagierten Bürger*innen und Politik zu fördern. Vor diesem Hintergrund halten wir es für nötig, dass Bürgerschaft und Senat den Dialog mit denjenigen suchen, die sich gemeinwohlorientiert um öffentliche Belange kümmern und in Bürgerinitiativen engagieren. Häufig sind gerade diese Initiativen ein Seismograf für unbearbeitete Anliegen oder nicht zufriedenstellend gelöste Probleme einer Stadt und können dazu beitragen, den politischen Entscheidungsprozess zu bereichern.

Sie erfahren mehr über uns auf [dieser Internetseite](#).

V.i.S.d.P. Hans-Günter Schwalm (hg.schwalm@freenet.de)